

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **12./13. Parlamentssitzungen**
des Stadtparlamentes im Amtsjahr 2023/2024
vom 4. Dezember 2023

von 16.15 – 18.30 Uhr und von 20.00 – 21.20 Uhr

Festsaal Kirchgemeindehaus Liebestrasse, Liebestrasse 3, 8400 Winterthur

Vorsitz: B. Huizinga (EVP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 12. Sitzung: A. Zuraikat (Die Mitte)
13. Sitzung: A. Würzer (EVP)
12./13. Sitzung: L. Jacot-Descombes (SP), F. Künzler (SP), R. Tobler (FDP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1		Protokoll der 9. Sitzung	
2	23.18 (DFI)	Pensionskasse der Stadt Winterthur (PKSW): Kreditantrag und Anpassung der Verordnung über die Pensionskasse der Stadt Winterthur vom 25. Februar 2013	M. Gross
3	22.49 (DFI)	Antrag und Bericht zur Motion U. Glättli und S. Kocher (GLP), U. Hofer (FDP), M. Gross (SVP) und F. Kramer-Schwob (EVP) betr. Verordnung über die PKSW proaktiv ordnen	
4	23.81 (DSO)	Verpflichtungskredit von Fr. 6'176'945 für die Zentralisierung der Arbeitsintegration Winterthur im FOCUS-Gebäude an der Sulzerallee 2 (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)	Ch. Griesser
5	23.71 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2024 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe	U. Bänziger
6	23.73 (DSU)	Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2024 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Parkieren Winterthur	K. Vogel

7	23.67 (DSS)	Verpflichtungskredit von Fr. 1'010'000 für die Erneuerung des Kinderbereichs im Freibad Geiselweid (Projekt-Nr. 13206)	A. Würzer
8*	23.72 (DFI)	Genehmigung des Budgets 2024 und Festsetzung des Steuerfusses // Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2024 bis 2027	Ch. Hartmann
9*	23.30	Fristerstreckung für die Berichterstattung zur Behördeninitiative betr. Verbot biometrischer Gesichtserkennung	F. Helg
10*	23.82 (DBM)	Produktgruppe Tiefbau, baulicher Strassenunterhalt: Nachtragskredit von Fr. 850'000 für zusätzliche Ausgaben	A. Geering
11*	23.62 (DBM)	Sondernutzungsplan: Zustimmung zum privaten Gestaltungsplan «Am Bach - Mitte»	B. Zäch
12	23.80 (DBM)	Begründung der Motion G. Porlezza (FDP) betr. Winterthur hat Luft nach oben: Höher bauen für mehr neuen Wohnraum	
13	22.13 (DPR)	Antrag und Bericht zur Motion M. Della Vedova (GLP), I. Kuster (Die Mitte), U. Hofer (FDP) und D. Oswald (SVP) betr. Überführung des Münzkabinetts in eine gemeinnützige Trägerschaft	
14	22.66 (DPR)	Antrag und Bericht zur Motion N. Wenger (Grüne), M. Gnesa (SP), B. Huizinga (EVP) und N. Ernst (GLP) betr. Mutterschaftsurlaub für werdende Mütter	
15	23.28 (DSS)	Beantwortung der Interpellation O. Staub (SP), T. Gschwind (SP), N. Wenger (Grüne) und D. Roth-Nater (EVP) betr. gerechte Ressourcenverteilung in der Sportförderung	

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Ich begrüsse Sie herzlich zur 12. und 13. Sitzung des Amtsjahrs 2023/24.

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Wir haben letzte Woche Eintreten auf die Budgetdebatte beschlossen, dort fahren wir jetzt dann gleich anschliessend weiter. Ich möchte Euch über die Traktandenliste noch so weit informieren, dass wir – wie wir letzte Woche schon informiert haben – sicher bis und mit Traktandum 11 (die Sachgeschäfte) durchgehen. Wenn wir weiterkommen, ist auch gut, aber bis und mit Traktandum 11 müssen wir abgeschlossen haben. Das Budget ist ja Traktandum 8.

Heute Abend ist um 21.30 Uhr unten im Grünen Saal ein Weihnachts-Apéro für Euch bereit. Jüge Bachmann hat das organisiert, danke jetzt schon. Und so können wir heute Abend alle noch anstossen und wir hoffen wohl alle, dass wir die nächste Sitzung am 11.12. nicht brauchen werden, so dass es bei einer Reserve-Sitzung bleibt. Wir arbeiten darauf hin!

Abmeldungen haben wir folgende: Für beide Sitzungen abgemeldet sind Lea Jacot, Fredy Künzler und Raphael Tobler. Für die erste Sitzung hat sich André Zuraikat abgemeldet. Verspätet eintreffen werden Selim Gfeller, Urs Hofer und Christian Maier.

8. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.72: Genehmigung des Budgets 2024 und Festsetzung des Steuerfusses // Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2024 bis 2027

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Wir fahren dort weiter, wo wir letzte Woche aufgehört haben, bei der Detailberatung.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass ganz am Schluss, bevor wir zu den Abstimmungen kommen, nochmals das Wort im Plenum eröffnet ist, um sich generell nochmals zum Globalbudget, dem FAP und auch der Produktgruppe Steuerfuss zu äussern.

Jetzt sind wir bei der Detailberatung, letzte Woche haben wir das Departement Präsidiales bereits abgeschlossen.

Heute beginnen wir zuerst mit dem Departement Finanzen.

Finanzamt: Keine Anträge, so genehmigt.

Informatikdienste

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Da gibt es zwei Kommissionsanträge und einen aus der Fraktion. Ich bitte Andreas Büeler, die beiden Kommissionsanträge vorzustellen. Und ich möchte noch kurz bei der GLP nachfragen: Der Fraktionsantrag ist ein Alternativantrag zum Kommissionsantrag, ist das richtig?

S. Kocher (GLP): Ja.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Dann möchte ich vorschlagen, Samuel Kocher, dass Du nach der Vorstellung von Andreas Büeler Euren Antrag auch gleich noch begründest.

A. Büeler (AK): Gerne begründe ich die beiden Anträge der Aufsichtskommission.

Der erste Antrag betrifft eine Reduktion des Globalbudgets um 550'000 Fr. Das setzt sich zusammen aus einer Streichung von folgenden zwei Stellen: 1. Leitung Quality assurance and business process management im Bereich Finanzen, Compliance und Services. 2. Risikomanager im Bereich ICT-Risikomanagement und Security Operation. Und zudem eine Kürzung um 250'000 Fr. für externe Unterstützung.

Begründet ist der Antrag so, dass eine Mehrheit der AK der Meinung ist, dass keine zusätzlichen Management-Stellen erforderlich sind und dass zusätzliche Ressourcen auf der effektiv ausführenden Ebene als gerechtfertigter erscheinen. Die AK hat dem Antrag 6:5 zugestimmt. Der zweite Antrag ist eine Korrektur der parlamentarischen Zielvorgaben. Teil B, Seite 62, 1. Mitarbeiterzufriedenheit. Das soll «mindestens 50%» statt fälschlicherweise 42% im Soll 2024 – 2026 und ein Abweichungsgrad < 10 statt falsch > 10 im Ist 2022 und im Soll 2024 bis Plan 2026 stehen. Und bei der Wirtschaftlichkeit die Durchschnittskosten pro Gerät auf 188 Fr. statt falsch 108 Fr. im Soll 2024 – Plan 2027.

Die Begründung ist da einfach: Bei der Erstellung des Budgets wurde irrtümlich die festgesetzte parlamentarische Zielvorgabe verändert und dieser Fehler soll damit wieder korrigiert werden. Diese Änderung war in der AK unumstritten und ist einstimmig angenommen worden.

Mein Fraktionsvotum halte ich dann anschliessend an die Begründung der GLP.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Besten Dank, Andreas. Dann begründet jetzt Samuel Kocher den Fraktionsantrag.

S. Kocher (GLP): Wir stellen einen Alternativantrag, und zwar, den Globalkredit um lediglich 300'000 Fr. zu kürzen. Es geht da vor allem darum, dass auch wir die Beiträge an Dritte kürzen wollen, insoweit deckt sich das mit dem AK-Antrag. Aber bei den budgetierten Stellen im Bereich ICT-Risikomanagement und Security wollen wir keine Abstriche machen. Wir sind der Meinung, diese Stellen sind zwingend nötig. Und deshalb nur die Fokussierung auf Beiträge an Dritte.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Samuel. Somit ist die Diskussion im Plenum eröffnet. Daniel Oswald bitte.

D. Oswald (SVP): Die Informatikdienste werden immer wieder diskutiert im Rahmen des Budgets, es ist eine der Produktgruppen, an der wir vom Parlament am meisten daran schrauben. An dieser Stelle müssen wir auch festhalten, dass man bereits im Budget 2023 schon einen Ausbau gemacht hat. Es ist sicher auch so, dass die ganze Informatik nicht unbedeutender wird und von daher gewisse Ausbauten ja durchaus auch Sinn machen. Was wir ja immer wieder bemängeln, ist, dass wir die entsprechenden Einsparungen, die vielleicht nicht direkt bei der Informatik anfallen, sondern an anderen Orten, dass wir diese nicht transparent im Budget haben.

Es ist auf dieses Jahr ein weiterer Ausbau geplant im Bereich der Sicherheit. Da sind wir einfach schon in einem zweischneidigen Schwert. Und vor allem von den Skills her, die wir brauchen. Welche Leute brauchen wir denn, welche Skills brauchen wir, damit wir die Sicherheit gewährleisten können? Und wie organisiere ich diese? Die Bedrohungslagen ändern sich, es ist keine einfache Situation. Es ist auch nicht einfach, Leute zubekommen. Ich vergleiche das so: Die Stadt Winterthur ist, was IT betrifft, eine Anwenderfirma und nicht eine IT-Firma. Und wenn ich als IT-Spezialist (es ist egal, in welchem Segment), aber auch in der Security, wenn ich arbeitsmarktfähig bleiben möchte, wenn ich up to date sein will, dann will ich ein Umfeld, in dem ich bei einer IT-Sicherheitsfirma arbeite und nicht in einer Anwenderfirma. Die Leute, die up to date sind, die in ihrem Beruf vorwärtskommen wollen, die gehen – so behaupte ich –, wenn sie in ihrem Fach gut sind, nicht zu einer Anwenderfirma arbeiten, sondern sie gehen zu einer IT-Firma. Das hat nichts mit der Stadt Winterthur zu tun.

Und insofern kürzen oder kürzen wir nicht einfach das Budget mit den beiden Anträgen, die wir haben, sondern wir sagen implizit auch, was wir intern machen und was wir nicht intern machen. Und mit den Stellen, die wir da intern haben, bin ich der Meinung, dass es nicht zu verantworten ist, dass diese die Sicherheit der Informatik der Stadt Winterthur garantieren können.

Und selbst ich, der Verfechter davon ist, dass man die Sachen selbst macht, wenn es sich lohnt, und nicht alles einkauft, selbst ich bin da der Meinung, wir müssen uns sehr gut überlegen, wo wir streichen.

Aufgrund des Wachstums, das wir hatten in den vergangenen Jahren, und aufgrund des Wachstums, das auch im Budget 2024 eingeplant ist, erachtet die SVP den Kommissionsantrag als vertretbar. Es ist nicht so, dass die Informatik deshalb nicht wachsen kann, sondern sie kann trotzdem wachsen im Budget 2024. Also kann man den Antrag der AK unterstützen. Und es ist auch so, dass die Informatik selbst steuern kann – und ich bin überzeugt davon, dass die Führungsverantwortlichen dort die richtigen Entscheide treffen, was man intern machen kann und was man einkaufen muss, damit wir die Sicherheit gewährleisten haben und damit wir nicht einzelnen Mitarbeitenden Verantwortung aufbürden, die wir nicht aufbürden dürften.

Sollte der AK-Antrag nicht durchkommen, werden wir den GLP-Antrag unterstützen, einfach aufgrund des niedrigeren Volumens mit 300'000 Fr. Aber aus unserer Sicht ist es nicht sinnvoll, diese Stellen intern zu schaffen, damit hätten wir lauter kritische Grössen in der IT und das wäre gegenüber den Mitarbeitenden nicht verantwortungsvoll. Ich danke, wenn Sie den AK-Antrag unterstützen.

F. Kramer-Schwob (EVP): Informatik passiert nicht nur bei der IDW. So baut gerade der Bereich Sozial- und Erwachsenenhilfe ja auch eine Stelle auf bei der Fachinformatik, wo wir

nachher noch dazu kommen. Wir wünschten uns einen Gesamtüberblick über die Informatik der Stadt, dieser fehlt uns immer noch. Auch die Investitionsrechnung besteht zu einem grossen Teil aus gebundenen Ausgaben, die wir nicht beeinflussen können. Diese wiederum beeinflussen dann aber mit den Abschreibungen die Erfolgsrechnung stark.

Es ist so, dass die Digitalisierung sehr wichtig ist, aber das Tempo hat sich den finanziellen Möglichkeiten anzupassen. Welche Personal- oder Sachkosten die IDW am Schluss genau einsparen soll, wollen wir als EVP gar nicht unbedingt so genau vorschreiben. Und wenn das Parlament da festlegt, welche Stellen aufgebaut werden sollen oder nicht, bindet das die Produktgruppe ohnehin nicht. Es bindet sie nicht einmal genau dabei, ob sie überhaupt Stellen aufbauen oder nicht.

Und deshalb unterstützen wir da auch den Kommissionsantrag und lehnen den GLP-Antrag ab, würden diesen aber unterstützen, falls der Kommissionsantrag nicht durchkommt.

Die Anpassung der Zielvorgaben unterstützen wir natürlich.

A. Büeler (Grüne/AL): Zuerst eine Replik zur SVP: Mir ist nach wie vor schleierhaft, wie die Dienstleistungen günstiger oder besser extern erbracht werden sollen, indem man zwei interne Stellen streicht, und dann das Budget für Leistungen von Dritten gerade auch noch um 250'000 Fr. kürzt.

Und auch eine Verschiebung der Ressourcen von Management zu ausführender Ebene wird durch die beantragten Stellenstreichungen sicher nicht ermöglicht. So viel zur Logik dieses Antrags. Aber wichtiger ist der Inhalt:

Die erste zur Diskussion stehende Stelle dient dem Aufbau von klareren und automatisierten Prozessen. Das ist laut Mitarbeiterbefragung eine Schwachstelle heute. Ich finde es sehr sinnvoll, wenn Mitarbeiterumfragen keine Papiertiger bleiben, sondern auch Verbesserungen bewirken. Die wollen nicht gleich wieder abwürgen und wir lehnen deshalb diese Stellenstreichung ab.

Die zweite Stelle betrifft die IT-Security und ergibt sich aus den Legislaturzielen. Hier zu sparen ist bei der massiv zunehmenden Zahl an Cyberangriffen einfach nur extrem kurzsichtig. Eine erfolgreiche Attacke wird schnell extrem teuer. Bisher haben wir da einfach Glück gehabt. Übernehmen die, welche dem Antrag zustimmen, die Verantwortung, wenn denn mal eine kriminelle Attacke massive Schäden anrichtet?

Diese beiden Stellen werden schlicht benötigt. Es handelt sich um operativ tätige Stellen, welche kein Personal, sondern fachlich führen.

Und auch als Produktgruppen-Referent muss ich an dieser Stelle nochmals etwas erklären: Die IDW liefert das, was bestellt wird. Wenn man bei der IDW sparen will, muss man Projekte bei den Bestellern der IDW streichen, das läuft über die anderen Produktgruppen. Und da gehören auch Vorstösse aus dem Parlament dazu. Gerade letzte Woche hat Die Mitte einen Vorstoss eingereicht, welcher auf mehr Digitalisierung abzielt (Stichwort: «Internet der Dinge»). Ich hoffe, das berücksichtigt Ihr beim Abstimmungsverhalten.

Und zum Schluss noch eine Zahl zur Wirtschaftlichkeit: Die IDW ist mittlerweile bei auch im Städtevergleich äusserst niedrigen 108 Fr. Durchschnittskosten pro Arbeitsplatz, das viel besser als die parlamentarische Zielvorgabe von 188 Fr.

Der GLP-Antrag zeigt, dass doch noch Hoffnung besteht, dass mindestens die Stellenstreichungen nicht durchkommen. Das wäre immerhin ein bisschen Schadensbegrenzung. Wir lehnen beide Anträge ab, bei einer Ausmarchung würden wir den GLP-Antrag gegenüber dem AK-Antrag bevorzugen.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Wir von der Mitte/EDU unterstützen entgegen der Hoffnung, die Andi hat, die Kürzungsanträge. Internet of things geht für uns in eine andere Richtung. Wir sind klar der Ansicht, dass ein Stellenaufbau von zwei Stellen für 2024 ausreichend ist, es braucht nicht vier Stellen. Zumal die IDW per 1. Dezember mit Herrn Manser eine neue Leitung bekommt und wir davon ausgehen, dass er sowieso eine Gesamtauslegung machen muss. Er soll die Möglichkeit haben, seine Ideen einzubringen, und wir wollen dann hören, was er zu berichten hat. Welche zwei Stellen die IDW dann streichen will, überlassen wir aber, wie bereits schon erwähnt, WOV-konform der Produktgruppe selbst.

Wir wollen aber auch nicht die externen, bereits sehr hohen, Kosten erhöhen und unterstützen auch deren Kürzung.

Und einfach, um es nochmals in Erinnerung zu rufen: Das Budget für diese Produktgruppe hat einen Aufwand von rund 28.5 Mio. Da ist eine Kürzung von 550'000 Fr. knapp 2% - also eine marginale und absolut machbare Kürzung.

B. Helbling (SP): Es geht um Stellen, die uns gut begründet wurden. Es sind keine Management-Stellen, Andreas hat es gesagt, sondern fachliche Leitungen, also operative Stellen, die wichtig sind, um die wichtigen Anforderungen in der IT zu gewährleisten - auch mit externen IT-Firmen zusammen, die Aufträge für uns erledigen. Es geht um das aktive Management von Risiken und der Sicherheit in der digitalen Welt.

Wir werden den Antrag zur Kürzung des Globalkredits nicht unterstützen. Zum Antrag der GLP: Grundsätzlich braucht es die zwei Stellen, das alleine reicht aber nicht. Es braucht auch externe Unterstützung. Das ist nötig für Projekte, die von den verschiedenen Departementen beantragt wurden. Wir werden deshalb auch diesen Antrag zur Kürzung des Globalkredits nicht unterstützen.

Die Anpassung der Zielvorgaben unterstützen wir.

D. Oswald (SVP): Andreas, ich kann Dir das gerne erklären: Wir hatten total effektive Kosten in dieser Produktgruppe im 2022 von 24.9 Mio., das Budget 2023 ist 26.2 Mio. und das Budget 2024, wie vom Stadtrat beantragt, ist 28.4 Mio. Auch wenn wir 500'000 Fr. kürzen, haben wir immer noch eine wesentliche Steigerung der Möglichkeiten, der Ressourcen drin. Klar, Du wirst jetzt sagen 800'000 Fr. sind Abschreibungen und Zinsen. Ja, das ist so, aber auch dann bleiben der IDW nach wie vor mehr Mittel zur Verfügung.

Und nochmals wegen den internen Stellen: Ich habe versucht, das zu erklären, habe es aber offenbar nicht rübergebracht. Wenn wir zwei Mitarbeiter einstellen, dann haben diese ihre Spezialität, sie haben ihre Profession. Und das können sie dann – und andere Sachen nicht. Gerade in der Sicherheit, die ja da als sehr wichtiges Argument aufgeführt wird, ist es so, dass man nicht mit Generalisten, die in der IT gut unterwegs sind, aber dann in der Tiefe nicht so gut unterwegs sind, arbeiten kann. Dann ist nämlich das Risiko da, dass wir Sicherheitslöcher haben. Wenn wir statt diesen zwei Stellen – wenn es denn auch wirklich Stellen sind, die machen, und nicht nur Stellen, die Folien produzieren, von diesen haben wir nämlich genug – wenn es wirklich solche sind, die machen, dann kann es auch sein, dass man die Skills, die wir brauchen, nicht einfach nur bei zwei Stellen suchen, sondern halt auf vier oder sechs Personen verteilt zusammensuchen müssen. Dann haben wir einfach nicht zwei 100%-Stellen, aber wir haben das Problem gelöst, wenn wir die Möglichkeit haben, dass wir diese Skills einkaufen können. Und von daher lässt sich das auch mit der Reduktion um 500'000 Fr. sehr gut machen.

Stadtrat K. Bopp: Ich möchte mich zuerst bedanken für den Antrag zu den Zielvorgaben.

Dieser Korrektur schliessen wir uns selbstverständlich an.

Ich möchte Sie aber aus zwei Gründen ausdrücklich bitten, die beiden Kürzungsanträge abzulehnen: Erstens werden die beantragten Stellen dringend benötigt. Sie wissen es: Die IDW gehört zu den kostengünstigsten IT-Abteilungen, sowohl im Vergleich mit anderen Verwaltungen als auch im Vergleich mit privaten Organisationen in ähnlicher Grössenordnung. Wir streben auch in Zukunft eine sehr kostengünstige IT an, aber es gibt einfach Grenzen – und die haben wir mehr als erreicht. Zweitens hat die IDW theoretisch ein Null-Budget, d.h. sämtliche Kosten werden weiterverrechnet und es ist lediglich einer Glättungsstrategie geschuldet, dass der Globalkredit zeitweise leicht von Null abweicht.

Was heisst ein Kürzungsantrag jetzt da konkret? Nehmen wir Einfachheit halber an, das Budget wäre tatsächlich Null. Dann müsste die IDW nach Ihrem Antrag neu einen Gewinn erzielen. Das kann sie auf zwei Arten machen: Entweder wir erhöhen die Preise (das dürfte aber nicht die Intention dieses Antrags sein), oder wir versuchen, die Kosten noch weiter zu senken, ohne gleichzeitig die Preise zu senken. Unsere Preisgestaltung richtet sich heute aber daran aus, dass nur die Kosten verrechnet werden, die auch wirklich anfallen. Sinkende

Kosten werden also an die Bereiche weitergegeben, was wir für richtig halten und auch weiterhin so machen möchten. Aber so können wir Ihren Auftrag nicht erfüllen.

Jetzt sind wir am Punkt der Eintretensdebatte: Was kann das Parlament denn überhaupt machen? Sie können schon etwas machen bei den IT-Kosten – was natürlich Konsequenzen hat, aber Sie können. Die IT-Kosten entstehen, das müssen wir kurz zusammen anschauen, über zwei Wege: Einerseits über die elektronischen Arbeitsplätze, d.h. Computer und Software der Mitarbeitenden. Da sind wir im Vergleich sehr, sehr günstig, das zeigt der Bench Mark, den wir regelmässig machen und kürzlich in der AK vorgestellt haben. Das sind die 108 Fr., die erwähnt wurden. Andererseits entstehen Kosten über Projekte und spezielle Leistungen, die einzeln verrechnet werden. Diese Leistungen werden 1:1 weiterverrechnet, so wie sie Kosten verursachen. Begründet und bestellt werden diese Leistungen durch die Produktgruppen und müssen deshalb auch mit diesen diskutiert werden.

Sie sehen: Beim Standard-Arbeitsplatz sind wir schon am Limit – wenn nicht sogar ein bisschen darüber -, da wird es kaum möglich sein, noch günstiger zu werden, ohne längerfristigen Schaden anzurichten. Bei den IT-Projekten und speziellen Leistungen können Sie durchaus ansetzen, sofern Sie das wirklich wollen. Dafür können Sie bei den einzelnen Produktgruppen die Vorhaben hinterfragen. Im Budget Buch B finden Sie bei jeder Produktgruppe unter «Wesentliche Massnahmen und Projekte 2024 und Folgejahre» aufgelistet, was Neues angedacht ist. Um die bestehenden Kosten besser zu verstehen und zu hinterfragen, können Sie als Referent/-in einer Produktgruppe bei der Besprechung auf Nachfrage auch detaillierte Auskunft über die genaue Zusammensetzung der IDW-Kosten in Erfahrung bringen. Da profitieren Sie vom Auskunftsrecht, das die Organisationsverordnung Stadtparlament in Art. 12 Abs. 1 den Kommissionen einräumt. Und als Referent/-in vertreten Sie ja die Kommission. Die Frage, die dann übrigbleibt: Lässt sich auf sinnvolle Art und Weise bei den IT-Kosten etwas einsparen?

Erlauben Sie mir zum Abschluss da ein paar allgemeine Bemerkungen: Die allgemeine Teuerung, steigende Lizenzkosten, erhöhte Energiekosten für unser Data Center und Büroautomation, steigende Anforderungen aus den Fachbereichen, Home Office und vieles mehr sind Kostentreiber für die IT. Und diese steigenden Kosten führen keineswegs zu einer Steigerung der Möglichkeiten, wie es erwähnt wurde. Die wachsenden Anforderungen und vor allem die zunehmenden IT-Risiken machen die Informatik komplexer und anspruchsvoller. Die Stadtverwaltung muss sich bei den Themen Digitalisierung und IT-Sicherheit stetig weiterentwickeln und professionalisieren, was wiederum – zumindest am Anfang – mit höheren Initialkosten verbunden ist.

Und noch ein bisschen allgemeiner: Bei politischen Debatten werden interne Leistungen (z.B. Facility Management, Reinigung, Energieversorgung) tendenziell immer als Kostentreiber angeschaut. Gerade zeitgemässe und zukunftsgerichtete IT-Umgebung darf aber nicht als reiner Kostentreiber angeschaut werden, sondern muss vor allem auch als Enabler für eine wirkungsvolle und effektive Verwaltung betrachtet werden. Eine fortschrittliche IT-Umgebung fördert die Leistungsfähigkeit und die Arbeitsattraktivität – und gerade die ist im Moment besonders wichtig, wie Sie wissen. Eine zeitgemässe IT muss als Chance angeschaut werden. Wenn Sie das auch so sehen, dann lehnen Sie die beiden Anträge ab. Sie schaden der Stadt und widersprechen zudem unserer Steuerungslogik. Besten Dank.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Kaspar.

Wir werden die beiden Anträge, also den Kommissionsantrag und den alternativen Fraktionsantrag um Globalkreditreduktion, einander gegenüberstellen und nachher noch über den obliegenden abstimmen.

Wer dem Kommissionsantrag zustimmen möchte, soll das jetzt mit Handerheben bezeugen. Auszählen bitte.

Wer möchte bei der Gegenüberstellung dem Fraktionsantrag der GLP die Stimme geben? Somit hat der Kommissionsantrag 24 Stimmen bekommen und der Fraktionsantrag 29 Stimmen.

Das ist also der obsiegende Antrag, die Reduktion des Globalkredits um 300'000 Fr. Jetzt müssen wir noch über diesen abstimmen, ob Ihr diesen geändert haben möchtet im Budget oder nicht.

Wer möchte der Reduktion des Globalkredits um 300'000 Fr. zustimmen? Der soll das bezeugen mit Handerheben. Das ist ersichtlich eine Mehrheit.

Noch die andere Seite, die nicht reduzieren möchte?

Somit habt Ihr der Kürzung des Globalkredits der Informatikdienste um 300'000 Fr. zugestimmt.

Bei der nächsten Abstimmung, bei der es ja um die drei Korrekturen der Messgrössen, der Zielvorgaben geht, schlage ich vor, dass wir eine Abstimmung über alle drei gleichzeitig machen.

Wer diese Änderung vornehmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Das ist eindeutig, somit werden diese Änderungen vorgenommen.

Die Produktegruppe Informatikdienste IDW ist abgeschlossen, vielen Dank.

Steuerbezug

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Da der zuständige Referent Raphael Tobler nicht anwesend ist, bitte ich die Stellvertretung, Franziska Kramer-Schwob, diese Änderungen zu begründen.

F. Kramer-Schwob (AK): Bei diesen Kommissionsanträgen geht es um eine formale Korrektur von Fehlern, die sich eingeschlichen haben bei den Zielvorgaben. Jetzt sind die Zahlen da so korrekt ersichtlich.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Franziska. Wünscht jemand aus dem Parlament das Wort zu diesen Änderungen? – Das ist nicht der Fall. Somit geht mein Blick zum Stadtrat. Möchte sich dieser äussern?

Stadtrat K. Bopp: Wir schliessen uns diesen Anträgen an.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank. Somit schlage ich auch hier vor, es geht wieder um drei Korrekturen, dass wir auch hier in einem Mal darüber abstimmen.

Wer diese Änderungen gemäss AK-Antrag annehmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Vielen Dank, das ist eindeutig.

Somit ist die Produktegruppe Steuerbezug auch abgeschlossen.

Immobilien: Keine Anträge, so genehmigt.

Städtische Allgemeinkosten/Erlöse

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Hier gibt es einen Kommissionsantrag. Ich bitte den Referenten Michael Zundel, diesen zu begründen.

M. Zundel (AK): Auch hier geht es hauptsächlich um einen formellen Antrag, nämlich um die 1.8% Teuerung. Diese Zahl ist aus dem August. Im Personalstatut steht, dass man die Zahl vom September nehmen muss – und diese ist 1.7%. Das macht dann die Differenz von 300'000 Fr. aus.

M. Zundel (Grüne/AL): Ich hänge gleich noch unser Fraktionsvotum an: Falls der Stadtrat sich für das Protokoll so äussern möchte, dass das ohnehin so stattgefunden hätte in Zukunft, würden wir als Grüne/AL diesem Antrag auch so zustimmen.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Wünscht jemand aus dem Parlament zu diesem Kommissionsantrag das Wort? – Das ist nicht der Fall. Somit hat das Wort Kaspar Bopp.

Stadtrat K. Bopp: Das ist genau so. Das entspricht sowieso der Intention des Stadtrats, der Stadtrat möchte den vollen Teuerungsausgleich geben. Dieser ist jetzt 1.7 nach Personalstatut und nicht 1.8 und insofern kann dieser Antrag aus unserer Sicht unterstützt werden.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Kaspar. Somit stimmen wir über diesen Antrag ab.

Wer dem zustimmen möchte, soll das bitte mit Handerheben bezeugen.

Das ist eindeutig und klar, vielen Dank.

Somit ist auch die Produktgruppe Städtische Allgemeynkosten/Erlöse abgeschlossen.

Die nächste Produktgruppe wäre Steuern und Finanzausgleich, dazu gehen wir ja aus technischen Gründen ganz am Schluss.

Somit haben wir vorläufig das Departement Finanzen abgeschlossen und wir kommen zum Departement Bau und Mobilität.

Tiefbau

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Hier haben wir zwei Anträge, einer aus der Kommission und einer aus der Fraktion. Ich bitte zuerst Andreas Geering, den Referenten, den Kommissionsantrag zu begründen.

A. Geering (SBK): Es geht bei dieser Erhöhung um 100'000 Fr. um die Fachstelle für Nachhaltige Mobilität. Pro rata, für einen Teil des Jahres 2024. Da diese Fachstelle erst 2024 geschaffen würde, ist sie 2024 erst zum Teil budgetwirksam.

Bei der Fachstelle Nachhaltige Mobilität geht es um die Fachstelle, die im Frühjahr in einer Medienmitteilung angekündigt wurde, die im Departement Bau und Mobilität geschaffen werden soll. Gewisse Aufgaben dieser Fachstelle wurden bis anhin im Departement Sicherheit und Umwelt bereits getätigt, es wäre also, wenn man diese Stelle nicht bewilligt, effektiv ein Abbau der Tätigkeiten, welche die Stadt bisher erbracht hat. Die Kommission hat deshalb beschlossen, diesem Aufbau zuzustimmen, mit einer 5:4 Mehrheit.

Es sind zum einen die Lohnkosten, die für ein halbes Jahr pro rata kämen, und zum anderen noch etwas dazu für Ausrüstung, damit diese Fachstelle arbeiten kann.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Andreas. Der Fraktionsantrag wird von Philipp Angele begründet.

Ph. Angele (SVP): Der gemeinsame Antrag von FDP, SVP und Die Mitte: Aufgrund des trüben finanziellen Ausblicks, den wir schon mehrmals erwähnt haben, letztes Mal und auch heute wieder, im Finanzplan 2026/27 und dem allenfalls drohenden Streichungsplan beim Personal, ist unsere Empfehlung an das Plenum, dass man die Stellen, die man in den letzten Jahren relativ gut aufgebaut hat, streicht. Und zwar über das Globalbudget von 136'000 Fr. Und wir hoffen auf den Support bei den beiden Stellen, die wir streichen möchten – pro rata ist das dann mit 136'000 Fr. ausgewiesen. Vielen Dank.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Philipp. Dann eröffnen wir das Wort für das Parlament. Ich möchte Euch bitte, jeweils gleich zu beiden Anträgen das Votum zu halten. Zuerst geht das Wort an Alex Würzer (EVP).

A. Würzer (EVP): Wir von der EVP haben grundsätzlich nichts gegen eine Fachstelle für Nachhaltige Mobilität und wir erkennen auch das Potenzial einer solchen Fachstelle. Gleichzeitig wollen wir uns aber auch für nachhaltige Entwicklung bei den städtischen Finanzen ein-

setzen. Uns ist bewusst, dass im Bereich Mobilität in naher Zukunft grosse Herausforderungen zu lösen sind. Dem Tiefbau ist das aber auch bewusst und deshalb hat man auch eine zusätzliche Stelle Projektleitung Verkehrsmanagement für Themen wie Velorouten, Parkplatzzonen und Modalsplit eingestellt. Wir verwehren uns nicht gegen eine entsprechende Fachstelle in Zukunft, sehen aber auch die Nettokosten, die um 1.83 Mio. Fr. steigen. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag nicht. Der Stadtrat hat da priorisiert und die Stelle nicht eingeplant. Und wenn er sagt, dass er Netto Null bis 2040 ohne diese Stelle erreichen kann, dann unterstützen wir diese finanzielle Priorisierung.

Zum Antrag von FDP, SVP, Die Mitte/EDU: Die beiden Stellen sind aus unserer Sicht gut begründet und wir werden diesen Antrag deshalb nicht unterstützen. Dabei verweise ich auch auf das, was ich gerade vorhin gesagt habe.

Allerdings sind wir auch der Meinung, dass wir gerade bei den Sachkosten, die teilweise zwar nachvollziehbar sind, aber um 2.8 Mio. ansteigen, eine feinere Aufschlüsselung benötigen. Bei den Honoraren für externe Berater haben wir zum Beispiel keine Angaben darüber, wie sich die Kosten entwickelt haben und entwickeln werden, und da werden wir noch entsprechend nachhaken. Vielen Dank.

R. Heuberger (FDP): Wir haben es beim Eintretensvotum schon gesagt: Wir machen uns grosse Sorgen um die Entwicklung der Finanzen in dieser Stadt. Betrachten wir den FAP, werden uns die Kosten völlig aus dem Ruder laufen. Und diesen FAP haben nicht wir gemacht, sondern der Stadtrat, die Stadtregierung. Man kann also nicht sagen, wir seien am Schwarzmalen – wenn, dann wäre es der Stadtrat. Und wenn der Stadtrat die finanzielle Zukunft dieser Stadt schon so düster sieht, dann erwarten wir, dass er seine Verantwortung wahrnimmt und dass er die Notbremse jetzt zieht, bevor es wieder zu drastischen Sparprogrammen wie im 2014 kommen muss. Das ist aber nicht eingetreten. Deshalb werden wir allen gestellten Kürzungsanträgen im Bau zustimmen.

Der Antrag der Kommissionsmehrheit bezüglich Fachstelle Nachhaltige Mobilität weckt bei mir Jugenderinnerungen. «Dörf's no äs bitzäli meh si», hat der Dorfmetzger jeweils gefragt. Nein, darf es nicht. Wenn der antragstellenden Mehrheit eine Fachstelle für nachhaltige Mobilität so wichtig ist, dann könnte man ja zum Beispiel auf die Sperrung der Technikumstrasse für das Projekt «Autofreier Sonntag» und auf die geplante Sperrung von weiteren Strassenzügen verzichten. Und die so freiwerdende Viertelmillion, welche diese Sperrungen kosten, dafür einsetzen, dass mindestens zwei Personen das ganze Jahr Mobilitätsberatung für interessierte Bewohnende und Unternehmen machen könnten. Und ja, der autofreie Sonntag war eine Vorgabe der Mehrheit des Parlaments, aber nicht, dass man diesen auf der Technikumstrasse durchführen muss, wo die Busse für teures Geld und mit viel CO₂-Ausstoss umgeleitet werden müssen. Nur schon den gleichen Anlass auf dem Neumarkt durchzuführen, würde den Mehrheitsantrag finanzieren und diese Beratungsstelle ermöglichen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Aber dieser geht nach unserer Sicht nicht über mehr Budget.

Und beim Tiefbau kann ich es ganz kurz machen: Die FDP ist nicht bereit, noch mehr Stellen für die politisch motivierten MIV-Ausbremsaktionen zu gewähren. Der Stadtrat muss dringend Prioritäten setzen beim Notwendigen. Und das Notwendige sehen wir beim Sanieren der bestehenden Strassen und nicht bei der unnötigen und aufwändigen Neugestaltung sämtlicher Strassenräume, die alle Projekte zum Stocken bringt und damit auch dem Erhalt einer leistungsfähigen Infrastruktur schadet. Deshalb werden wir den Antrag von SVP, Die Mitte und uns selbstverständlich unterstützen.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Wenn ich der von mir aus gesehen linken Ratsseite zuhöre, dann frage ich mich, was Ihr denkt, wenn Ihr durch die Stadt geht, über den Neumarkt? Also wenn man dort den autofreien Sonntag durchführt, das wäre ja lächerlich. Der Neumarkt ist ja schon autofrei. Und weshalb ist er autofrei? Weil z.B. die Grünen seit Jahren dafür kämpfen. Das als Einleitung.

Ich spreche zuerst zur Stellenaufstockung beim Tiefbau, Fachstelle Nachhaltige Mobilität. Der Stadtrat hat im März 2023 beschlossen, diese Stelle im DBM neu zu schaffen. Es gab schon eine solche Teilstelle, das ist richtig, vorher im UGS. Aber bevor diese Stelle nachher wirklich

Eingang in das Budget fand – denn es ist wichtig, dass sie in das DBM käme, denn dort muss die Koordination stattfinden –, ist sie aus Spargründen wieder über die Klinge gefallen. Den Entscheid, an dieser Stelle zu sparen, finden wir natürlich total verkehrt. Der Bedarf einer Koordinationsstelle für nachhaltige Mobilität ist wirklich ausgewiesen und schon in der SBK ist uns eine Mehrheit gefolgt.

Der neu erschienene Städtevergleich hat es gezeigt, dass Winterthur in Sachen nachhaltige Mobilität wirklich nicht genügt: Wir sind national am Schwanz. Wir haben 400 Autos pro 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner, nur St. Gallen hat noch 2-3 mehr. Alle anderen grossen Städte haben deutlich weniger Autos. Es ist kein Monat her, dass sich der Stadtrat in der Presse genau dazu verlauten gelassen hat, dass die Mobilität das Sorgenkind Nummer 1 ist in Winterthur, was die Erreichung der Klimaziele angeht. 43% der Treibhausgase werden durch die Mobilität verursacht. Der Hebel ist also gross - aber die Umsetzung harzt.

Die rein technischen Massnahmen wie Velovorzugsrouten und ÖV-Priorisierung, Dosierungsmassnahmen oder der beschränkte Parkplatzabbau reichen einfach nicht.

In der Massnahmenübersicht des Klima-Cockpit der Stadt, das vor kurzer Zeit erschienen und öffentlich einsehbar ist, sind im Bereich Mobilität sieben Massnahmen - die Hälfte von allen - sichtbar, deren Umsetzung noch überhaupt nicht begonnen hat. Dies kann doch einfach nicht sein.

Einige Beispiele: MAS Mobility as a Service, Förderung von Cargo-Velos fürs Kleingewerbe, E-Mobilität und Ladeinfrastrukturen, Apps und Kampagnen zur Förderung von Carsharing usw.

Die Leute müssen ihr Verhalten ändern: Will heissen, wir müssen den Mehrwert des Langsamverkehrs erkennen können und umsteigen wollen. Sei es auf ein E-Auto oder noch besser auf das Velo und den Bus. Und genau dazu braucht es die Fachstelle Nachhaltige Mobilität: Als Koordinationsstelle für Beratungsangebote und Öffentlichkeitsarbeit.

Weil wir es uns wert sind. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Zum anderen Antrag muss ich eigentlich nicht mehr viel sagen, den lehnen wir selbstverständlich ab.

B. Zäch (SP): Ich kann es nüchtern machen zum Aufbau der Fachstelle Nachhaltige Mobilität und muss nicht das Vibrato von Märchengeschichten bemühen wie die FDP.

Der Bedarf, Massnahmen im Bereich Nachhaltige Mobilität im Rahmen einer Fachstelle zu bündeln, zu koordinieren und zu kommunizieren, ist klar nachgewiesen. Sowohl für die lokale Klimapolitik wie auch für Verkehrspolitik ist eine Veränderung vom Modalsplit, das heisst eine Verschiebung des Anteils des motorisierten Individualverkehrs bis hin zum öffentlichen und Langsam-Verkehr absolut notwendig. Übrigens, liebe FDP, nicht zuletzt deshalb, um dem Gewerbeverkehr in der Innenstadt den Vorrang zu geben. Diese Veränderung des Modalsplits ist einer der wichtigsten Hebel. Und an die EVP: Das ist nachhaltig und nicht kurzfristige Sparübungen.

Wir unterstützen deshalb den Antrag auf Erhöhung des Globalkredits um 100'000 Fr.

Zum Tiefbau: Es ist einfach so, dass im Tiefbau das Arbeitsvolumen überdurchschnittlich zunimmt, weil neben den Unterhaltsarbeiten noch viele Projekte dazukommen. Nicht irgendwelche Verkehrsprojekte, wie die FDP versucht zu suggerieren, sondern grosse Projekte wie Ausbau Wärmeversorgung, die im Departement Technische Betriebe angesiedelt ist. Der Kürzungsantrag zielt schlicht darauf ab, die Projektleiterstellen im Tiefbau zu plafonieren. Das ist mehr als kurzsichtig, denn damit werden unter anderem strategische Projekte wie der Umbau der Wärmeversorgung einfach auf die lange Bank geschoben.

Wir lehnen den Kürzungsantrag deshalb ab.

L. Studer (GLP): Letzten Montag war internationaler Tag für nachhaltigen Transport. Das erste Mal. Und das passt ja auch zum Thema jetzt, nachhaltige Mobilität.

Wir haben es schon gehört: Es ist der grösste Hebel, um Netto Null zu erreichen. Wir wollen eine Halbierung des motorisierten Individualverkehrs. Und wir sind nicht auf Kurs. Wir hinken hinterher, das hat Kathrin Frei Glowatz vorhin gerade gesagt. Beim Städtevergleich Mobilität kommt das sehr gut zur Kenntnis. 50% der Pendler/-innen kommen mit dem Auto in die Stadt

– in Zürich sind es gerade mal 28%. Innerstädtisch pendeln 26% der Leute mit dem Auto – in Zürich, Bern und Basel sind es zwischen 9–10%. Also wir haben da noch Potenzial. Und es braucht nicht nur Infrastrukturmassnahmen, es braucht auch eine Fachstelle, die koordiniert und berät. Das Aufgabenprofil verspricht vieles, es ist nämlich ein stark umsetzungsorientiertes Aufgabenprofil, so wurde es formuliert: Unterstützung von Arealentwicklungen, Unterstützung des Amts für Städtebau. Denn gerade Arealentwicklungen sollen so ausgestaltet werden, dass der Autobesitz hinfällig wird für die neuen Bewohnenden dort. Es muss ein Anreiz gesetzt werden für weniger Autobesitz und dort würde diese Fachstelle Mobilität ansetzen. Oder auch das Mobilitätsmanagement der Verwaltung, das wäre ein Aufgabenbereich dieser Fachstelle Mobilität. Ich denke, da sollte die Verwaltung doch auch eine Vorbildfunktion übernehmen.

Wir stimmen deshalb dieser Stelle, also der Erhöhung des Globalkredits um 100'000 Fr., zu. Den Fraktionsantrag lehnen wir ab. Es wurde schon gesagt: Es stehen viele Projekte an: Ausbau Fernwärmenetz, Velorouten etc. Deshalb lehnen wir diese Stellenstreichung ab.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Ich weiss nicht, ob Ihr mitbekommen habt, dass am Anfang des flammenden Votums vorhin die Ratshälften gedreht wurden – links ist plötzlich rechts und rechts ist links. Ähnlich ist es beim Antrag für Nachhaltige Mobilität: Es wird so einiges auf den Kopf gestellt. Man denkt, mit einer solchen Fachstelle könne man die Mobilität nachhaltig gestalten. Was man wirklich brauchen würde, wäre ein ÖV, der keine Knebel in die Speichen bekommt, der innerstädtische S-Bahnen hat, der S-Bahnen mit Viertelstunden-Takt hat. Einen Bus, der mit Tempo 50 durch die Stadt fahren kann. Man bräuchte einen ÖV-Knoten am Hauptbahnhof, wo man effizient vom Bus auf den Zug und in die andere Richtung umsteigen kann. Das bräuchte es für nachhaltige Mobilität und so könnte man den Modalsplit zugunsten des ÖV und zulasten des MIV verschieben.

Als diese Stelle im Frühling angekündigt wurde, habe ich gedacht, dass das allenfalls etwas ist, was in die richtige Richtung denken könnte. Der Stadtrat hat aber in seiner Gesamtübersicht der Finanzen entschieden, dass er diesen Aufbau nicht machen möchte, weil er neben nachhaltiger Mobilität doch auch den Finanzen ein Stück weit Rechenschaft tragen möchte. Wir als Fraktion möchten auch nachhaltige Finanzen und nicht nur nachhaltige Mobilität. Wir lehnen deshalb den Kommissionsantrag ab und unterstützen den Fraktionsantrag.

Nochmals zum Kommissionsantrag: Die Stellen, die man da aufbaut – in diesen 100'000 Fr. sind 70'000 Fr. Lohnkosten und 30'000 Fr. frei nach dem Motto, wie es gesagt wurde, «dörf's no es bitzeli meh sy?» einfach obendrauf, damit dann diese Stelle arbeiten kann. Ich weiss nicht, ob das Schreibtische sind oder Kugelschreiber, das weiss wahrscheinlich niemand so genau. Wenn man das aber bei allen diesen Stellen, die wir da haben, auch in der nächsten Produktgruppen, pro rata haben, dann sind es dieses Jahr 70'000 Fr. Lohnkosten. Nächstes Jahr sind es dann 140'000 Fr, weil ja dann die Stelle das ganze Jahr da ist. Bei den anderen sind es dieses Jahr 136'000 Fr., nächstes Jahr sind es dann 280'000 Fr., weil es dann das ganze Jahr ist. Und Ihr kennt den FAP, da muss ich nichts mehr sagen dazu. In dem Sinne, weil uns nachhaltige Finanzen eben auch wichtig sind, lehnen wir den Kommissionsantrag ab und unterstützen den Fraktionsantrag. Vielen Dank für die Kenntnisnahme.

R. Diener (Grüne/AL): Zuerst 2-3 Repliken zu dem, was gesagt wurde. Alex Würzer, an Dich: Netto Null 2040 ist kein Selbstläufer, auch wenn der Stadtrat das jetzt so einschätzt. Im Gegenteil, es ist hochgradig gefährdet und unsicher, ob wir das überhaupt so erreichen. Zu Romana Heuberger: Den Notstopp, den wir fahren müssen, der ist richtig – aber den müssen wir fahren bei der Klimaerwärmung! In erster Linie, denn wir sind tatsächlich überhaupt nicht auf Kurs, nirgends. Und ganz besonders nicht bei der Mobilität. Andreas Geering: Nachhaltige Mobilität ist nicht flüssiges Vorankommen für den MIV. Nachhaltige Mobilität ist eine andere Mobilität, eine andere Nutzung der Verkehrsmittel gegenüber heute, nicht mehr primär Autonutzung.

Die Mobilität ist im Absenkepfad des EKK, wo wir jetzt gerade den Bericht erhalten haben bezüglich Reduktion des CO₂-Ausstosses, für das Netto Null-Ziel deutlich, deutlich am Ziel vor-

bei. Die Mobilität trägt da wie gesagt über 40% der Emissionen bei. Der absolut grösste Anteil, den wir in der Stadt Winterthur haben und den wir auch beeinflussen können. Ein reiner Ersatz von fossil angetriebenen Fahrzeugen durch Elektro-Göppel hilft nur teilweise. Das ist zwar richtig und wichtig, aber reicht eben nicht. Und genau deshalb brauchen wir diese Fachstelle für die nachhaltige Mobilität. Denn es geht nicht primär darum, einfach den Verkehr zu verflüssigen. Für das brauchen wir sie nicht, dafür reicht uns die Polizei, welche die LSA-Anlagen sauber steuert. Wir brauchen aber eine Fachstelle, die die Gewohnheiten und Nutzungen ins Zentrum führt. Gewohnheiten und Nutzungen, wie gehen wir um mit dem Gebrauch unserer Mobilitätsmittel? Und genau für das brauchen wir diese Fachstelle, und zwar sofort und nicht irgendwann in Zukunft, Alex, das reicht nicht. Und damit wir Projekte auf den Weg bringen können, brauchen wir jetzt jemanden, der sich damit beschäftigt, der Anreize und Unterstützung für die Bevölkerung schafft und vorausgeht und zeigt, wie man es machen kann. Deshalb brauchen wir diese Fachstelle. Bitte unterstützen Sie sie.

Stadträtin Ch. Meier: Ja, wir haben es jetzt einige Male gehört: Der Verkehr ist massgeblich verantwortlich für CO₂-Emissionen. Und wenn wir nachhaltig unterwegs sein wollen, dann muss sich im Verkehrsverhalten der Winterthurerinnen und Winterthurer etwas ändern. Wir haben es aber auch gehört, dass sich der Stadtrat das Ziel gesetzt hat, ein ausgewogenes Budget zu präsentieren. Und ein ausgewogenes Budget heisst, dass man zwischen dem Wünschbaren und dem, was eben auch machbar ist, unterscheiden muss. Und dass man die Mittel, die man einstellt, so einstellt, dass sie den grösstmöglichen Nutzen und Effekt erzielen können.

Die Fachstelle Nachhaltige Mobilität hätte der Stadt Winterthur gut getan, denn wie gesagt, die Winterthurerinnen und Winterthurer müssen sich in ihrem Mobilitätsverhalten bewegen. Was aber noch viel mehr bringt als eine Fachstelle, ist, wenn wir die Verkehrsinfrastruktur so gestalten können, dass es attraktiv und gut möglich ist, mit dem Velo, mit dem ÖV und zu Fuss in der Stadt Winterthur unterwegs zu sein. Also wenn wir die Rahmenbedingungen für dieses Umdenken schaffen.

Aus diesen Überlegungen hat sich der Stadtrat dazu entschieden, die Ressourcen so einzustellen, dass wir (wie gesagt) den grösstmöglichen Effekt erzielen können. Das heisst, dass wir in die Projektressourcen investieren möchten und nicht in die Fachstelle Nachhaltige Mobilität.

Ich bitte Sie deshalb, beide Anträge – sowohl den Kommissionsantrag als auch den Fraktionsantrag – abzulehnen.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Christa. Somit werden wir abstimmen.

Der Kommissionsantrag unterliegt dem erhöhten Quorum, er braucht also 31 Stimmen, um durchzukommen. Wir werden ihn deshalb auszählen lassen, damit wir ganz sicher sind.

Wer also dem Kommissionsantrag, Erhöhung des Globalkredits um 100'000 Fr., zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben. Bitte auszählen.

Wer möchte das ablehnen? Der soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Für den Antrag der Kommission gab es 29 Ja-Stimmen und 24 Nein. Weil er aber eben dem erhöhten Quorum von 31 Stimmen unterliegt, ist der Antrag nicht durchgekommen.

Dann stimmen wir noch ab über den Fraktionsantrag FDP/SVP/Die Mitte/EDU zur Reduktion des Globalkredits um 136'000 Fr.

Wer dem zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer lehnt ihn ab?

Das ist eine Mehrheit, somit ist dieser Fraktionsantrag nicht durchgekommen.

Die Produktegruppe Tiefbau ist damit abgeschlossen.

Entsorgung: Keine Anträge, so genehmigt.

Geomatik und Vermessungsamt: Keine Anträge, so genehmigt.

Amt für Baubewilligungen

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Da gibt es einen Kommissionsantrag. Ich bitte den Referenten Michael Gross, diesen zu begründen.

M. Gross (SBK): Die Kommission beantragt eine Reduktion um 75'000 Fr. Die Begründung ist, dass man in Zukunft einen Rückgang der Baubewilligungen erwartet. Es gab einen starken Anstieg seit 2019, jetzt gab es aber eine Verschiebung vom ordentlichen Verfahren in das Anzeigeverfahren, weil alle die wärmetechnischen Sanierungen (also mindestens die Wärmepumpen) im Anzeigeverfahren gemacht werden können. Ebenfalls auch im Hinblick auf den düsteren FAP hat man beschlossen, eine dieser zwei Stellen nicht aufzubauen. Das sind die 75'000 Fr.

R. Heuberger (FDP): Das Amt für Baubewilligungen wurde in den letzten drei Jahren innert kürzester Zeit bereits zum zweiten Mal massiv umgebaut. Es wurde uns gesagt, dass man damit an Effizienz gewinne und rascher vorwärtskomme mit den Baubewilligungen. Gleichzeitig hat der Kanton (das hat Michael schon gesagt) auf 1.1.2023 das Anzeigeverfahren für PV-Anlagen, Wärmepumpen, Fernwärmeanschlüsse und E-Ladestationen eingeführt, was nochmals eine deutliche Entlastung des Bauamts geben dürfte. Dies insbesondere deshalb, weil uns im Vorjahr gesagt wurde, dass es genau diese Baugesuche seien, die zum raschen Wachstum und zur Mehrbelastung des Bauamts geführt hätten. Die Baugesuche insgesamt haben in den letzten Monaten schweizweit deutlich abgenommen. Spannenderweise soll es ja auch bei den Leistungsmengen in der Stadt Winterthur gar keine Veränderungen geben. Also wenn der Betrieb effizienter, die Komplexität der Gesuche tiefer und die Leistungsmenge gleichbleibend ist, dann können wir nicht nachvollziehen, weshalb es einen Personalaufbau brauchen soll. Deshalb unterstützen wir den Kürzungsantrag der Kommission.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Herr Jung hat es in der SBK deutlich gesagt: Ein Haus kann nur bezogen werden, wenn es abgenommen ist. Wenn Sie also da jetzt kürzen, wird das Bauen sicher nicht schneller, sondern eher wieder langsamer. Es ist ein grosses Aufgabenvolumen, welches das Amt für Baubewilligungen jeden Tag bestreitet. Dazu kommt, dass die Projektleitung Lärmfachstelle, welche der andere Teil der Stelenaufstockung ist, jetzt schon extern eingekauft wird. Und das ist sehr viel teurer. Deshalb wäre es absolut sinnvoll, man würde das intern machen. Wir stellen deshalb den Gegenantrag zu diesem Kommissionsantrag und unterstützen den Kommissionsantrag nicht. Danke.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Für die Mitte/EDU-Fraktion ist der Kommissionsantrag und seine Begründung nachvollziehbar, wir unterstützen ihn. Wir möchten einfach noch zum vorher Gesagten von der Grünen/AL-Fraktion sagen: Wenn man es intern günstiger machen könnte als durch eine externe Vergabe, dann steht das dem Stadtrat im bestehenden Globalkredit frei, das Geld umzuschichten, also eine Stelle zu schaffen und dafür extern weniger zu vergeben. Wenn es unter dem Strich dieselben Kosten sind, kann man das machen. Das ist auch möglich, wenn man dieser Reduktion zustimmt.

B. Zäch (SP): Die Baukontrolleure, die bei Neu- und Umbauarbeiten die Arbeiten abnehmen müssen, sind nur zu dritt – für das ganze Gebiet der Stadt Winterthur. Jede Ferienabwesenheit führt sofort zu Engpässen. Das Arbeitsvolumen ist aber gross und nach wie vor wachsend – auch wenn die FDP sagt, das sei nicht so. Aber vorderhand ist es noch wachsend, so dass es bereits jetzt zu Engpässen und Verzögerungen bei den Abnahmen kommt. Zur Erinnerung: Gebäude können nicht bezogen werden, solange die Baukontrolle nicht erfolgt ist. Es ist also absolut im Interesse nicht nur der Stadt, sondern vor allem der Bauherrschaften, dass die Baukontrolle ihre Aufgaben zeitgerecht durchführen kann.

Mit der Aufstockung um eine Stelle soll sichergestellt werden, dass die Bauabnahme fristgerecht erfolgen kann. Im Moment ist das nicht der Fall.

Und noch kurz zur Mitte: So eine Arbeit auszulagern, die eigentlich eine hoheitliche Aufgabe ist, ist vielleicht nicht die beste Idee. Wir lehnen den Kürzungsantrag ab.

L. Studer (GLP): Wir haben es schon gehört, von meiner Seite aus links, aber sonst rechts: Es gibt weniger Baubewilligungen und mehr Meldeverfahren. Und wir sind der Meinung, dass man auf diese Stelle verzichten kann. Wir stimmen dem Antrag zu.

A. Würzer (EVP): Wir stimmen diesem Kommissionsantrag ebenfalls zu. Wir wollen uns eigentlich grundsätzlich möglichst aus dem operativen Teil heraushalten, aber wir sehen uns auch hier wiederum der Entwicklung des städtischen Finanzhaushalts verpflichtet und es gab bereits im vergangenen Jahr schon einen Stellenaufbau. Die Lärmfachstelle scheint uns gut begründet und deshalb einfach die Reduktion um 75'000 Fr.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Benedikt, vielleicht habe ich mich nicht deutlich geäußert: Es ging mir nicht darum, dass man etwas Hoheitliches auslagert, sondern andersherum. Dass man etwas, das jetzt ausgelagert ist, intern macht und dafür die externen Kosten spart und das intern braucht.

Kathrin sagte in ihrem Votum, es sei jetzt etwas ausgelagert, das nachher teilweise in diese Stelle hineinkommen würde und so günstiger würde.

So war das gemeint. Dass man das ohnehin machen könnte, wenn es günstiger würde, weil man dann diese Kosten anderswo kompensiert.

Stadträtin Ch. Meier: Ja, es ist so, dass die Kurve der Baugesuche im Moment tatsächlich wieder leicht abnimmt. Aber im Vergleich zu vor ungefähr drei Jahren haben die Baugesuche massiv zugenommen und sie sind auf einem sehr viel höheren Plafond als noch vor drei Jahren. Wir haben dank einer Reorganisation des Amts für Baubewilligungen erreicht, dass wir bei den Baugesuchen mittlerweile in fast allen Fällen die gesetzlichen Fristen einhalten können. Das müssen wir und das war eine Weile lang nicht gewährleistet. D.h. was wir an Effizienz herausholen konnten, das haben wir herausgeholt.

Was aber eben nicht im Rahmen der Baubewilligungen ist, das ist die Abnahme der Bauten. Das ist eine andere Gruppe von Leuten, die das macht. Benedikt Zäch hat es gesagt: Das sind drei Leute, die sämtliche Bauten abnehmen müssen. Und erst wenn diese Abnahme erfolgt ist, können diese Bauten in Betrieb gehen.

Und mit den massiv höheren Zahlen von Baugesuchen als vor drei Jahren und gleich vielen Baukontrolleuren, wie wir sie vor drei Jahren hatten, ist es wohl klar, dass wir dort wirklich ein Kapazitätsproblem haben. Und ich bitte Sie deshalb sehr, diesem Antrag nicht zuzustimmen und dem stadträtlichen Antrag zu folgen.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Christa. Somit stimmen wir ab.

Wer möchte dem SBK-Antrag folgen um Reduktion des Globalkredits um 75'000 Fr., der soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer lehnt das ab?

Das ist eine Minderheit. Somit ist die Globalkreditkürzung um 75'000 Fr. genehmigt.

Die Produktgruppe Amt für Baubewilligungen ist damit abgeschlossen.

Amt für Städtebau

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Da gibt es einen Fraktionsantrag der FDP, dieser wird begründet von Romana Heuberger.

R. Heuberger (FDP): Ich begründe den Kürzungsantrag von Mitte, SVP und FDP zum Globalkredit vom Amt für Städtebau um 300'000 Fr. und werde den Antrag nach meinen Ausführungen modifizieren.

Die Bevölkerung der Stadt Winterthur hat seit 2018 um 5% zugenommen, also pro Jahr rund 1%. Dies entspricht auch dem durchschnittlichen Bevölkerungswachstum der letzten 40 Jahre und bis 2040 soll es kontinuierlich so weitergehen. Insgesamt sollen es 135'000 Menschen sein, die in dieser Stadt leben. Die Bevölkerung wächst also recht kontinuierlich. Nicht so das Amt für Städtebau. Dieses ist, seit ich im Rat bin, also seit 2018, von 33 Mitarbeitenden auf 48 Mitarbeitenden im 2023 gestiegen – also um 45% (Stellenverschiebungen bereits miteingerechnet). Meine Damen und Herren, das Amt für Städtebau hat im Personalbestand den Quantensprung in der Städteplanung, der jetzt immer zitiert wird, bereits vollzogen.

In der gleichen Zeit sind die Nettokosten vom AfS von 6.4 Mio. auf 10.9 Mio. Fr. gestiegen, also um 70% – und das in fünf Jahren und bei einer Teuerung von 7%. Schaut man in die Zukunft, sieht es nicht viel anders aus. Die Personalkosten im FAP steigen fröhlich weiter um 700'000 Fr. bis 2027. So kann es doch wirklich nicht weitergehen.

Deshalb haben wir im Amt für Städtebau den Antrag gestellt, das Globalbudget um 300'000 Fr. zu reduzieren und damit die Personalaufstockung von 3.6 Stellen (anteilmässig am Budget) zu streichen. Dafür hat sich aber in den Vorbesprechungen mit den anderen Fraktionen keine Mehrheit gefunden.

Und deshalb komme ich jetzt zur Modifikation unseres Antrags.

Nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach» reduziere ich deshalb den Antrag von FDP, Mitte und SVP auf eine Kürzung des Globalbudgets um 100'000 Fr. und hoffe, dass wir so eine Mehrheit finden.

Ja, dieser Stadt wächst und das Amt für Städtebau muss diese Entwicklung vorwegnehmen. Es stehen grosse Umbrüche an – aber die gab es schon immer in Winterthur. Die Gebietsentwicklung Neuhegi-Grüze, das Sulzer-Areal Stadtmitte, der Masterplan Bahnhof – alle diese Projekte liefen auch parallel und waren mit grossem Aufwand verbunden. Und wenn man den Richtplan betrachtet, wird jedem vernünftigen Menschen klar, dass gar nicht alle Projekte, die da vorgesehen sind, gleichzeitig umgesetzt werden können. Es hat viel zu viel in der Pipeline, wir müssen Prioritäten setzen.

Und deshalb nochmals: Wir modifizieren den Kürzungsantrag des Globalkredits, statt wie bis jetzt minus 300'000 Fr. auf minus 100'000 Fr.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL unterstützt den Kürzungsantrag natürlich nicht. Warum? Wir sind der Meinung, dass das AfS ein wahnsinniges Arbeitsvolumen hat. Es wurde uns in der kurzen Zeit, die ich jetzt erst in der SBK bin, x Mal dargelegt, wie gross alle diese Bestellungen sind, die sie aus den verschiedenen Departementen erhalten. Aus dem DSS, aus dem Bereich Stadtplanung überhaupt, sind es ganz viele Grossprojekte. Das wurde auch schon von Romana selbst angesprochen. Projektleitung Hochbau für verschiedene Entwicklungen, Altersheimstrategie, Heizungsersatz usw.

Ich sehe nicht ein, wieso man diesem Amt die Aufstockung verwehren sollte. Es geht wirklich um die Qualität unserer Stadt, unsere bauliche Qualität.

Wir denken zum Beispiel auch an den Wandel, den wir dringend vollziehen müssen, von der eindimensionalen zur Kreislaufwirtschaft. Logisch wird das Bauen immer komplizierter und auch schwieriger. Es heisst, mehr sanieren statt abreißen und neu bauen. Sowie immer mehr verdichtet bauen auf kleinem Raum. All das ist sehr komplex und erfordert ein genaues Hinschauen und fachliche Kompetenz.

Wir meinen, der Ressourcenaufbau von 3.6 Vollzeiteinheiten für das AfS ist absolut gerechtfertigt.

Und vielleicht noch ein Wort zum FDP-Antrag, zur Einleitung mit dem Vergleich des Stellenwachstums mit dem Bevölkerungswachstum: Das finde ich doch einigermassen seltsam, wenn man z.B. daran denkt, dass nur schon die Wohnungen in den letzten Jahren extrem viel grösser geworden sind. Ich kann jetzt keine Quadratmeterzahlen nennen, aber auch da ist es überhaupt nicht parallel. Und warum soll dann eine Planungsabteilung der Stadt parallel zum Bevölkerungswachstum wachsen? Das ist ziemlich unlogisch, finde ich.

Danke vielmals für Ihre Ablehnung des Kürzungsantrags.

B. Zäch (SP): Die Stellenanträge des Amts für Städtebau sind keineswegs ein Wunschbedarf, sondern Bestellungen des Stadtrats und vor allem Bestellungen des Parlaments. Dazu kommen proaktive Planungsarbeiten, die durch private Investitionsprojekte ausgelöst werden. Schon mehrfach wurde in der Sachkommission SBK dargelegt, dass die Ressourcen zu knapp sind, um Grossprojekte wie Grüze+, Winterthur-Süd oder Campus Winterthur stadträumlich umzusetzen und den notwendigen Schulraum zu planen. Beides läuft parallel im Moment und eben nicht nacheinander.

Es ist auch keineswegs so, dass die im Moment stockende Baukonjunktur Einfluss auf die Planungsarbeit im AfS hätte, weil diese Planungsarbeiten – auch das wurde uns schon mehrfach erklärt – diese Planungsarbeiten finden in jedem Fall vorgängig zu den Bauarbeiten statt. D.h. es sind proaktive Arbeiten und damit sind Planung und Bau eben zeitlich nicht kongruent.

Wenn man jetzt damit argumentiert (wir haben es wieder von der FDP gehört), dass der Stellenaufbau grösser sei als das Bevölkerungswachstum, dann muss man einfach sagen: Es ist ein beliebter, aber es ist ein immer noch falscher Dreisatz. Ein bisschen peinlich, dass man immer wieder damit kommt. Denn es ist klar, dass diese Kongruenz gar nicht da ist. Und das Amt für Städtebau richtet sich nicht am Bevölkerungswachstum aus, sondern an der Planung und an den Investitionsprojekten, die kommen. Und man blendet einfach schlicht aus, dass diese Entwicklungen eben nicht parallel laufen. Investoren verlangen jetzt stadträumliche Planungsgrundlagen für Projekte der Zukunft. Und die Stadt reagiert auf dieses Wachstum und sie kann es nicht beeinflussen.

Auch wenn immer wieder aus dem Parlament der Wunsch kommt, dieses Wachstum zu bremsen: Die Stadt kann das nicht beeinflussen.

Wer also da streicht, nimmt bewusst oder einfach ahnungslos in Kauf, dass Schulraum nicht rechtzeitig zur Verfügung steht und dass die Stadt allenfalls zu spät kommt, um Grossprojekte rechtzeitig mit stadträumlichen Haltungen zu begleiten.

Wir lehnen auch den reduzierten Kürzungsantrag ab.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Ich bin immer noch der Meinung, dass die Stadt das Wachstum beeinflussen kann. Ich nehme das Beispiel vom Planungsstopp, das die Stadt Winterthur in Neuhegi-Grüze gemacht hat in den 2000er Jahren. Es ging dort darum, einen Planungsstopp zu machen, damit man eben nicht baut, bis die Stadt weiss, wie gebaut werden soll. Und vielleicht wäre so etwas auch wieder einmal fällig in einem anderen Teil von Winterthur.

Doch, die Stadt kann nicht nur das Wachstum beeinflussen, sie soll. Die Mitte/EDU-Fraktion ist der Meinung, dass die Stadt bis 2040 nicht 135'000 Einwohner haben soll, sondern merkbar weniger. In unserer Eingabe zum Richtplan haben wir geschrieben «maximal 130'000». Das tönt jetzt nicht nach viel weniger, aber immerhin, es wäre ein verlangsamtes Wachstum. Wir finden es schade, dass der Fraktionsantrag von 300'000 auf 100'000 Fr. geschrumpft oder geschmolzen ist (im Gegensatz zum Schnee draussen), wahrscheinlich ist die Realpolitik halt schon so, wie es Romana gesagt hat: Lieber das, was wir bekommen, als gar nichts. Es sind 3.6 Stellen, die im Städtebau aufgebaut werden sollen. Jetzt wird es dem Stadtrat freigestellt sein, wie dass er dann diese 100'000 Fr. kürzt – ob er das bei den Stellen macht oder ob er das woanders macht.

Ich möchte ans Herz legen, dass man das bei solchen Langfristplanungen macht, dass man die nur dann macht, wenn man dann etwas auch innert nützlicher Frist umsetzen kann. Ich bringe da zwei Beispiele: Wir haben das städtische Gesamtverkehrskonzept gemacht vor 20 Jahren. Das wurde 2011 beschlossen oder zur Kenntnis genommen. Es hat dort drin Sachen, die nie umgesetzt wurden und von denen man sagt, sie seien überholt; z.B. ist dort drin beim Modalsplit der MIV-Anteil 32%. Davon sagt man heute, das sei zu wenig, das gehe nicht mehr. Man hat dort drin auch eine Zentrumsumfahrung - übrigens beginne ich wieder, bewusst den Begriff «Zentrumsumfahrung» zu benutzen und nicht Heiligbergtunnel, denn eigentlich gibt es auch noch einen Breitertunnel im kommunalen Richtplan und das städtische Gesamtverkehrskonzept spricht deshalb bewusst von einer Zentrumsumfahrung und nicht von einem Heiligbergtunnel, weil die Linienführung noch nicht klar ist.

Zurück zum Antrag: Man hat da also einiges gemacht, das heute überholt und nicht umgesetzt ist. Das sagt man mir jedenfalls. Ich finde, es ist noch nicht überholt, aber trotzdem noch nicht umgesetzt, das ist schade. Ich komme auf ein anderes Beispiel, das ist der Freiraum Töss. Dort steht vieles drin, was ich in grossen Teilen unterstütze, wo aber die Umsetzung noch an einem sehr kleinen Ort ist. Und dieses Papier ist auch schon etwa 10 Jahre alt. Das sind zwei Beispiele. Die Stadt hat eine Geschichte und eine grosse Schublade voll von solchen Papieren, die geschrieben werden, die lange Zeit nicht umgesetzt werden, die zum Teil überholt seien (wie man mir sagt), bevor sie umgesetzt sind. Und deshalb kann man da ruhig in dieser Produktgruppe den Ausbau ein bisschen reduzieren. In dem Sinne unterstützen wir den Fraktionsantrag und hoffen, dass Ihr das ebenfalls macht.

L. Studer (GLP): Wir unterstützen die Kürzung von 100'000 Fr. Ich bin noch nicht so lange im Rat, ich bin erst seit letztem Jahr im Rat, aber die Budgetbücher sind öffentlich zugänglich. Also auch ich kann dort hineinschauen und nachschauen, wie der Stellenaufbau stattgefunden hat in den letzten Jahren. Und ja, tatsächlich, die Zahlen wurden ja schon genannt von der FDP, von Romana Heuberger. Es sind doch einige Stellen aufgebaut worden. Und wir haben den Richtplan, den kommunalen Richtplan, der jetzt gerade öffentlich aufgelegt ist. 200 Seiten – nein, ich habe sie nicht gezählt, aber es sind noch mehr. Es sind 6 Schwerpunkträume, 4 starke Quartiere, überall wird wahnsinnig viel geplant. Und da braucht es einfach auch eine Priorisierung. Wir können nicht überall gleichzeitig alles umsetzen. Denn eben: Die Planung ist das eine, aber die Umsetzung ist dann das andere. Und da sehen wir noch Handlungsbedarf, dass da wirklich priorisiert wird. Andererseits anerkennen wir auch, dass wirklich viele Planungen in der Pipeline sind, wo auch Bedarf vorhanden ist, dass das Amt für Städtebau da mitredet. Denn jetzt ist der Zeitpunkt, um mitzureden. Deshalb würden wir jetzt bei 300'000 nicht zustimmen, aber bei 100'000 Fr. setzen wir doch ein Zeichen, dass diese Priorisierung stattfinden soll. Denn die sehen wir noch nicht so.

A. Würzer (EVP): Zuerst einmal staune ich einfach über die Hartnäckigkeit meines Ratskollegen Andreas Geering betreffend Heiligberg- oder Breitunnel, wie er das mit Kreativität schafft, das überall immer wieder einzubauen.

Aber zurück zum AfS: Auch uns ist klar, dass diese Entwicklung des Stellenaufbaus nicht ewig so weitergehen kann. Wir sind aber der Ansicht, dass gerade bei den Grossprojekten auch mit übergeordneten Playern der Return on Investment (in dem Sinne auf die Stellen übertragen) grösser sein darf, um wichtige Entwicklungen mitprägen zu können. Man darf aber darüber diskutieren, ob es für jedes Projekt eine entsprechende Hochglanzbroschüre braucht. Ich meine das auch überhaupt nicht despektierlich, denn sie sind zweifelsfrei sehr ansprechend gestaltet.

Den ursprünglichen Antrag der Fraktionen FDP, die Mitte/EDU und SVP hätten wir abgelehnt, mit dem Kompromissvorschlag können wir aber leben und sind auch zuversichtlich, dass das AfS damit weiterhin seine sehr gute Arbeit für Winterthur vollziehen kann. Das AfS-Budget wird trotz diesem Kürzungsantrag immer noch um mehr als 1 Mio. zunehmen gegenüber 2023.

R. Heuberger (FDP): Einfach nochmals als Entgegnung auf das Votum von Benedikt: Ich möchte nochmals festhalten, das Amt für Städtebau hat diesen Quantensprung schon vollzogen. Wir sind von 33 Stellen im 2018 auf jetzt 52 Stellen hinauf! Wenn das so genehmigt wird, wie es beantragt worden ist.

Und wer den Richtplan angeschaut hat, der weiss: Der Richtplan, der uns vorgelegt worden ist für die Stadt Winterthur, hat praktisch den gleichen Umfang wie der Richtplan für den ganzen Kanton Zürich. Und jedem vernünftig denkenden Menschen muss klar sein, dass die Stadt Winterthur Prioritäten setzen müssen.

Wir haben ganz kurz eine überschlagsmässige Rechnung gemacht, was jetzt auf uns zukommt: 300 Mio. KVA, vermutlich 300 Mio. Fernwärmenetzausbau, 200 Mio. ARA, 700 Mio.

Schulhausbauten. Wenn man das rechnet und auf 30 Jahre abschreibt, mit 3% (und das ist nicht mehr viel für 30 Jahre) verzinst, dann haben wir jährlich zusätzliche Aufwendungen von 95 Mio. Fr., die wir jährlich abschreiben und mehr Zinsen zahlen. Das muss einem bewusst sein!

Und wenn man da fröhlich weitermacht beim Ausbau des Personals, dann fördert man das bzw. dann ist man nicht bereit, die notwendige Prioritätensetzung vorzunehmen. Wir sind es und deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Und deshalb sind wir auch froh, wenn wenigstens der reduzierte Antrag noch eine Mehrheit findet. Vielen Dank.

B. Zäch (SP): Nur eine kurze Replik: Ja, Romana, es hat ein Quantensprung stattgefunden, aber nicht beim Amt für Städtebau, sondern beim Wachstum der Stadt. Dort ist der Quantensprung und genau auf das muss das Amt für Städtebau reagieren – und zwar mit dem, was der Stadtbaumeister «Haltungen» nennt, damit Investoren und Leute, die bauen wollen, wissen, was Sache ist. Und das hat zu einem Wachstum geführt, weil die Stadt ganz enorm wächst und weil die Stadt Planungsgrundlagen braucht, die nicht vorhanden waren. Du bist 2018 in das Parlament gekommen, ich bin 2015 in das Parlament gekommen. Ich habe mitbekommen, wie zwischen 2014 – 2018 heruntergespart wurde im Amt für Städtebau. insofern steckt dort auch ein ziemlicher Nachholbedarf drin.

Es ist schlicht so, dass das Amt für Städtebau der Entwicklung gewissermassen nachspringen muss bzw. man – wann immer möglich – vorausschauend Planungen machen können muss, damit diese Projekte umgesetzt werden können bzw. von der Stadt her Haltungen entwickeln kann.

Und ich möchte diejenigen, die jetzt diesem Kürzungsantrag zustimmen, einfach daran erinnern: Ich bin sehr gespannt, wenn wir dann über Grossprojekte reden, die womöglich nicht so vorwärts gehen, wie man will, weil die Stadt hintennach ist und nicht nachkommt – Winterthur-Süd, Bahnhofausbau, das sind alles Projekte, bei denen sich die Stadt jetzt engagieren muss und die Stadt jetzt einhaken muss. Denn wenn die Stadt dort zu spät kommt, dann ist der Zug abgefahren.

Stadträtin Ch. Meier: Romana Heuberger hat einmal mehr das Mantra heruntergebetet, dass das Amt für Städtebau eben nicht parallel wächst mit der Bevölkerung. Übrigens: Das 1% Wachstum bei der Bevölkerung ist auch schon überholt, in der Regel sind es mehr als 1%. Jawohl, das Amt für Städtebau wächst mehr als die Bevölkerung. Das hat damit zu tun, dass die Stadt Winterthur – wie wir es gerade vorhin im Votum von Benedikt Zäch gehört haben – einen Quantensprung macht. Und zwar den Quantensprung hin zu einer Grossstadt. Und das macht einfach die Planung einer Stadt um einiges komplexer.

Das Amt für Städtebau ist weitestgehend fremdgesteuert. Also der Ruf nach mehr Priorisierung im Amt für Städtebau – da muss ich Sie alle enttäuschen. Diese Priorisierung kann nicht im Amt für Städtebau passieren. Diese Fremdsteuerung ist einerseits hausgemacht: Wir haben, was die städtische Infrastruktur angeht, einen riesigen Nachholbedarf. Wir haben Immobilienstrategien in diversen grösseren Departementen, die klar nachweisen, dass wir einen massiv höheren Bedarf haben. Neben dem zusätzlichen Bedarf ist es so, dass wir eine grosse Sanierungsbugwelle vor uns herschieben. Und es ist so, dass wir Klimamassnahmen haben. Ich denke da an den Heizungsersatz, der bei unseren städtischen Liegenschaften ansteht.

Dann ist es so, dass wir bei den städtischen Liegenschaften nicht mehr einfach auf der freien Wiese bauen können. Das heisst, die Standortsuche für neuen Schulraum ist um einiges komplexer als in der Vergangenheit. Das ist eine Aufgabe, die ebenfalls beim Amt für Städtebau angesiedelt ist und uns vor sehr grosse Herausforderungen stellt. Das ist jetzt einfach mal das, was die städtischen Infrastrukturen angeht.

Und dann haben wir aber auch gehört: Es gibt ganz viele Entwicklungen, die nicht wir machen, sondern die Private machen oder der Bund oder der Kanton dran sind. Und ja, natürlich hat es auch in der Vergangenheit ab und zu parallel Entwicklungen von Arealen und von grösseren Gebieten gegeben, aber nicht in dem Ausmass, wie wir es zurzeit haben. Das Amt für Städtebau betreut zurzeit über 30 Arealentwicklungen. Zu den grössten gehören Grüze+,

Winterthur-Süd, der Hochschulstandort, der Stadtraum Bahnhof, das Gebiet rund um den Bahnhof Oberwinterthur. Das sind einfach die Grössten davon, die alle zurzeit beim Amt für Städtebau betreut werden. Und ich kann Ihnen sagen, da können wir priorisieren, was wir wollen – diese Entwicklungen werden kommen. Die Frage ist nur, ob wir mitgestalten können, ob wir unsere Bedürfnisse dort einspeisen können oder nicht.

Und ich habe einen hohen Anspruch an die Qualität unserer Stadt, auch in Zukunft. Und deshalb ist es mir ein sehr grosses Bedürfnis, dass wir bei diesen Arealentwicklungen mitgestalten können. Denn sonst haben wir wirklich keine Ahnung, in welche Richtung sie sich entwickeln.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Christa. Somit stimmen wir ab.

Wer möchte dem Antrag um Reduktion des Globalkredits um 100'000 Fr. zustimmen? Der soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer lehnt es ab?

Somit ist eine klare Mehrheit für die Reduktion des Globalkredits in der Produktgruppe Amt für Städtebau um 100'000 Fr.

Damit haben wir das Departement Bau und Mobilität abgeschlossen.

Wir kommen zum Departement Sicherheit und Umwelt.

Stadtrichteramt: Keine Anträge, so genehmigt.

Stadtpolizei: Keine Anträge, so genehmigt.

Parkieren Winterthur: Keine Anträge, so genehmigt.

Melde- und Zivilstandswesen: Keine Anträge, so genehmigt.

Schutz und Intervention Winterthur: Keine Anträge, so genehmigt.

Umwelt- und Gesundheitsschutz: Keine Anträge, so genehmigt.

Das ganze Departement Sicherheit und Umwelt ist abgenommen.

Wir kommen zum Departement Schule und Sport.

Volksschule

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Da gibt es einen Antrag aus der Kommission und einen aus der Fraktion. Ich bitte den Referenten Thomi Gschwind, den Kommissionsantrag zu begründen.

Th. Gschwind (BSKK): Die BSKK stellt den Antrag für Erhöhung des Globalkredits um 100'000 Fr. Die 100'000 Fr. sind für eine Erhöhung des Stellenetats bei den Leitungen Bildung. Es geht darum, dass diese Leute noch nicht so lange in diesen neuen Strukturen arbeiten und für den Moment mehr Ressourcen brauchen. Deshalb sind die 100'000 Fr. auch auf zwei Jahre befristet.

Es wird zudem eine «redaktionelle Änderung» gewünscht: Im Drehbuch steht, es geht um eine Führungsunterstützungsstelle. Es wird gewünscht, dass geschrieben ist, dass es eine Erhöhung des Stellenetats bei den Leitungen Bildung ist. Dazu wird Barbara gleich noch etwas sagen.

Der Antrag wurde in der Kommission mit 7:2 Stimmen angenommen.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Thomi. Bevor wir zu den Voten zu diesen Anträgen kommen, bittet Renate Dürr noch um das Wort für eine persönliche Erklärung.

R. Dürr (Grüne): Ich arbeite selbst beim DSS und bin sehr erstaunt über diesen Antrag um Erhöhung explizit für die Leitungen Bildung. Beim DSS arbeiten viele Leute, die ganz viel leisten, die immer wieder Überstunden machen. Und dass jetzt explizit einfach eine Gruppe eine Erhöhung erhalten soll, im Gegenzug aber der grüne Antrag für die Erhöhung der Schulverwaltung abgelehnt werden soll, das erschliesst sich mir nicht ganz. Ich werde mich der Stimme enthalten.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Renate. Ich möchte nochmals kurz formulieren, wie die Begründung des Kommissionsantrags jetzt lautet (hier vorne könnt Ihr lesen, es sei die 50% Stelle Führungsunterstützung), «es sei das Stellenetat der Leitungen Bildung im Budget 2024 um insgesamt 50% befristet auf zwei Jahre zu erhöhen». Einfach damit Ihr das nochmals so gehört habt und es im Protokoll so vermerkt ist. Zuerst erhält das Wort Nicole Holderegger (GLP).

N. Holderegger (GLP): Ich danke meinem Vorredner, Thomi Gschwind, für die Vorstellung des Geschäfts. Ich habe zuhause der Kommission den Antrag gestellt, den Stellenetat der Leitungen Bildung im Budget 2024 um insgesamt 50% befristet auf zwei Jahre zu erhöhen. Die Kommission hat dem Geschäft – wir haben es gehört – mit 7:2 Stimmen zugestimmt. Zur Begründung will ich nur nochmals kurz ausführen: Die Winterthurer Bevölkerung hat vor wenigen Monaten die neue Schulorganisation mit einer professionalisierten Schulpflege und den professionalisierten Leitungen Bildung beschlossen; die Verordnung über die Volksschule in der Stadt Winterthur ist am 29. August 2022 in Kraft getreten. Dabei stellen die Leitungen Bildung eine absolute Schlüsselposition in der professionalisierten Schulorganisation dar.

Die Leitungen Bildung sind nun seit einem Jahr im Amt. Es zeigt sich jetzt in aller Deutlichkeit, dass sie die ihnen in Art. 11 Organisationsstatut für die Volksschule Winterthur zugedachten, vielfältigen Aufgaben mit aktuell 80% Stellenprozent gar nicht erledigen können. Es ist schlichtwegs nicht möglich. Nicht nur für sie – wir machen einen Perspektivenwechsel: Es wäre es auch für uns.

Fallen jetzt aber die Leitungen Bildung überlastungsbedingt aus oder kündigen sie, kommt die nunmehr professionalisierte Schulorganisation ins Stocken. Wichtige Projekte, wie z.B. das RSI, die auch zu Kosteneinsparungen führen können, können nicht umgesetzt werden – oder eben nicht rechtzeitig umgesetzt werden.

Ein Ausfall einer Leitung Bildung führt auch unweigerlich zu Nachfolgekosten und auch Nachfolgeaufwand, weil die Stelle wieder besetzt werden muss und die Winterthurer Schulpflege ihre kostbare und eben auch teure Zeit wieder für vermeidbare Rekrutierungen ausgeben muss.

Die neue, professionalisierte Schulorganisation ist nach 15 Monaten immer noch eine Aufbauorganisation – sie ist vergleichbar mit einem Start-up. Dass nun die Leitungen Bildung zusätzliche Ressourcen benötigen, ist aus Start-up-Perspektive gut nachvollziehbar.

Weil das Projekt SoWi die notwendigen Erkenntnisse u.a. auch über die Leitungen Bildung erst im 2025 liefert, kann man mit einer Stellenaufstockung im beantragten Sinn nicht zuwarten. Die Leitungen Bildung brauchen die zusätzlichen Ressourcen jetzt, nicht in zwei Jahren. Hinzu kommt zusätzlich, dass aktuell alle Schulleitungen in der Stadt Winterthur hinter den Leitungen Bildung stehen – dies zeigt, dass die neue Schulorganisation mit Schulpflege und Leitungen Bildung auf gutem, ja sehr gutem Weg ist. Dieser erfolgsversprechende Weg soll weitergegangen werden – wir dürfen ihn jetzt nicht gefährden.

Die Schule sollte uns allen, auch in finanziell angespannten Situationen, wie wir es jetzt in Winterthur haben und auch in Zukunft haben werden, wichtig sein. Lassen wir deshalb den Leitungen Bildung die beantragten befristeten Stellenprozente zukommen, zum Wohl der Schulen in Winterthur.

Abschliessend – und das ist vielleicht jetzt auch ein bisschen an Renate Dürr gerichtet - will ich auch sagen – wer wolle, der höre –, dass mit dieser Stellenerhöhung, dieser befristeten

Stellenerhöhung, auch eine politische Botschaft verbunden ist: Die Winterthurer Bevölkerung wollte mit der neuen Schulorganisation, dass es eine professionelle Schule in Winterthur gibt. Was die Winterthurer nicht mehr wollen, ist, dass das DSS oder einzelne Exponenten im DSS (sie brauchen gar nicht namentlich erwähnt zu werden), die Schule oder auch den vorgesetzten Stadtrat oder die vorgesetzte Stadträtin steuern. Das ist nicht mehr gewollt.

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, wurde mit der neu erlassenen Verordnung über die Volksschule kurz gesagt die Schulpflege für strategische Aufgaben eingesetzt worden und die Leitungen Bildung für die operativen Aufgaben.

Was aus der neuen Verordnung Art. 12 auch hervorgeht, ist, dass das DSS für die Schulpflege Dienstleistungen erbringt und das DSS zuständig für die Unterstützung der Schulpflege da ist. Eine Steuerung, wie das DSS sie in der Vergangenheit pflegte, ist nicht mehr erwünscht und soll auch in Zukunft nicht mehr toleriert werden.

Auch aus diesem Grund, meine Damen und Herren, gehören die Leitungen Bildung, die eben zum Strang Schulpflege gehören, gestärkt.

Ich bedanke mich bei der Schulpflege, bei den Leitungen Bildung und auch bei den Mitarbeitenden im DSS für die bisher geleistete Arbeit, und ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Unterstützung. Danke.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Nicole. Um es stringent gleich zu handhaben, müssten wir jetzt noch den Fraktionsantrag der Grünen vorgestellt haben, damit nachher alle zu beiden Anträgen gleichzeitig das Votum abgeben können. Du, Nicole, kommst dann natürlich als erste nochmals dran, weil Du jetzt nur zu einem sprechen konntest. Der Fraktionsantrag der Grünen/AL wird von Maria Lischer vorgestellt.

M. Lischer (Grüne/AL): Wie gesagt spreche ich zu beiden Anträgen, also zum Kommissionsantrag wie auch zu meinem eigenen bzw. demjenigen der Grünen/AL-Fraktion. Der Spardruck ist gross und die Lasten im Schulbereich genauso. Und zwar sowohl auf Seiten der Lehrpersonen und der Leitungen Bildung wie auch in der Schulverwaltung. Der Grünen/AL-Fraktion ist es wichtig, dass man beide Seiten beachtet. Uns wäre es am liebsten, wenn man das Budget in dieser Produktgruppe so belassen würde, wie es der Stadtrat vorschlägt, also dass keinerlei Aufstockungen vorgenommen werden. Unser Antrag für eine Aufstockung begründet sich also damit, dass wenn man eine Seite entlasten will, die andere ebenfalls beachtet werden soll. Bedarf für eine zusätzliche halbe Stelle bei der Schulverwaltung ist reichlich vorhanden. Mein Antrag ist, 75'000 Fr. im Budget zusätzlich einzustellen, befristet auf zwei Jahre.

Zur Begründung: Aufgrund der ständig steigenden Schülerzahlen nimmt die Arbeitsbelastung im Schuldepartement laufend zu. Der Mehraufwand im Schulbereich kann am besten durch zusätzliche Stellen in der Schulverwaltung aufgefangen werden. So kurz, so klar.

Für den Kommissionsantrag zur Aufstockung bei den Leitungen Bildung, also für die zusätzliche Führungsunterstützung, haben die Grünen/AL Stimmfreigabe beschlossen. Die Meinungen zum Kommissionsantrag sind also nicht einheitlich. In einem sind wir uns in der Fraktion aber auf jeden Fall einig: So sehr wir verstehen, dass Bedarf besteht, so falsch finden wir es, wenn mit Lobby-Arbeit zugunsten von bereits sehr gut aufgestellten und auch gut entlöhnten Führungskräften zusätzlich neue Stellen geschaffen werden, und gleichzeitig andere, ebenso im Druck stehende Angestellte – ich denke jetzt eben an die Schulverwaltung – keine Unterstützung bekommen.

Falls Sie also dem Kommissionsantrag zustimmen, dann seien Sie bitte konsequent und stimmen nachher auch für den Antrag der Grünen/AL-Fraktion für die Aufstockung in der Schulverwaltung.

N. Holderegger (GLP): Mir ist da ganz wichtig zu sagen, dass es da nicht darum geht, dass man das DSS nicht unterstützen würde. Man hat es einfach schon unterstützt. Es sind schon Stellen geschaffen worden im DSS, die jetzt bereits schon am Arbeiten sind. Es geht auch nicht um eine Geringschätzung dieser Arbeit, im Gegenteil. Es ist uns allen bekannt, was das

DSS leistet. Uns allen ist klar, was es heisst, heutzutage in einer Schulverwaltung zu arbeiten.

Aber es geht jetzt darum, die Leitungen Bildung, die operativ tätig sind, zu entlasten. Denn sie können ja auch nicht nach unten delegieren an das DSS. Und es kommt eben dazu, dass die Leitungen Bildung Aufgaben haben, die nur sie erledigen können. Aufgaben sui generis, die eben das DSS nicht für sie erledigen kann. Und wenn jetzt die Leitungen Bildung die befristete Stellenaufstockung erhalten, die ihnen zugesprochen werden soll, dann geht es darum, dass sie operativ darüber verfügen können und das erhalten, was sie brauchen. In der Hoffnung, dass es «verhebt».

Das DSS, meine Damen und Herren, hat schon bekommen. Und wir müssen da einfach auch eine gewisse Vernunft walten lassen – Romana Heuberger hat es bei einem anderen Geschäft gesagt, ich sage es auch heute wieder – ich sage es ungern, aber ich sage es: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Danke.

P. Werner (SVP): Ich äussere mich zum Antrag der GLP, und zwar beinhaltet das die Erhöhung des Globalkredits um 100'000 Fr., befristet. Die Leitung Bildung ist überlastet und die ihnen zugesprochenen Arbeiten können nicht richtig erledigt werden. Bei Ausfällen und/oder Kündigungen (namentlich Krankheit, Burnout etc.), kann diese Organisation nicht professionell durchgeführt werden. Ausfälle führen zu hohen Nachfolgekosten und es braucht sehr viel teure Zeit zur Rekrutierung von neuen Arbeitskräften.

Aus diesem Grund unterstützt die SVP den Antrag, denn eine gute Schule liegt auch uns am Herzen.

D. Roth-Nater (EVP): Aus unserer Sicht verlangt die Schule, speziell im Zuge der Reorganisation, ein spezielles Augenmerk. Die Leitungen Bildung stellen eine Schlüsselfunktion dar und sind innerhalb der Strukturreform überlastet. Wir können uns keine Ausfälle oder Abgänge leisten, denn das würde der schnellen und hilfreichen Professionalisierung im Weg stehen. Wir sind der Überzeugung, dass es einige wichtigen Projekt innerhalb der Reorganisation gibt, welche gut geführt und umgesetzt werden müssen - und die liegen bei den Leitungen Bildung. Daher ist es aus unserer Sicht unumgänglich, im jetzigen Stadium des Change-Management und der Implementierung der neuen Prozesse, sowie für das Projekt SOWI, das auf 2025 abgeschlossen wird, dieser Erhöhung zugunsten der Leitungen Bildung, auf die nächsten zwei Jahre befristet, anzunehmen. Auch besteht eine direkte Korrelation, die Schulleitungen gut zu betreuen, und das ist enorm wichtig für unser System, denn das machen die Leitungen Bildung im operativen Bereich als Pendant zur Schulpflege, welche strategisch tätig ist. Die EVP unterstützt diesen Antrag.

Ch. Maier (FDP): Mit der neuen Gemeindeordnung haben wir eine grosse Umorganisation der Schule angestossen. Wir haben uns während dem ganzen Prozess für die Stärkung und Professionalisierung der Schulpflege und ihrer Organisation eingesetzt als FDP-Fraktion. Wir hätten uns höhere Pensen für die Schulpflege gewünscht, das wurde aber durch das Parlament abgelehnt. In unseren Augen ist die neue Organisation trotzdem ein Erfolg, dank dem grossen Einsatz aller Beteiligten – im Departement und in der Schulpflege. Im Speziellen aber von der Schulpflege und den Leitungen Bildung.

Wenn auch der Bedarf an zusätzlichen Ressourcen überall im Schulbereich nachvollziehbar ist, am Dringendsten für den Erfolg der neuen Organisation sehen wir zusätzliche Ressourcen in der Unterstützung der Leitungen Bildung. Befristet für die intensive Startphase, in der wir jetzt stecken.

Wir stimmen dem Antrag zu und haben die Mehrausgaben im Departement Bau bereits kompensiert. Das im Sinne der Prioritätensetzung, die wir im Budget zu stark vermissen. Wir müssen uns auf das Zwingende konzentrieren und auf nice to have verzichten.

Den Antrag der Grünen lehnen wir ab.

Th. Gschwind (SP): Ich habe durch die BSKK in der jüngsten Vergangenheit viel mit der Schulverwaltung und der Schulpflege zu tun gehabt. Ich habe mit diesen Menschen das

Budget besprochen und sie sind mehr als einmal in die Kommission gekommen und dort Rede und Antwort gestanden. Sie haben uns in der Kommission erklärt, wo es gut läuft, wo es weniger gut läuft, wo sie Anfangsschwierigkeiten hatten und wo nicht. Auch wenn wir in der Kommission inhaltlich nicht immer alle gleicher Meinung waren, sind wir uns trotzdem einig – ich bitte Euch, mich nachher zu korrigieren, falls das nicht stimmen sollte - dass die Menschen, die aktuell an diesen Rudern sind, einen super Job machen und unglaublich kompetent sind.

Es sind die gleichen kompetenten Leute (übrigens aus dem Departement und der Schulpflege), die uns ganz klar gesagt haben, eine Erhöhung des Budgets so, um 100'000 Fr., macht nur Sinn, wenn wir auch die anderen 75'000 Fr. sprechen. Die Stellen, die mit diesem Geld geschaffen würden, müssen auch zusammenarbeiten. Beide Abteilungen, das haben wir schon gehört, beide Abteilungen sind im Seich. So bringt es nichts. So gibt es einerseits einen Flaschenhals-Effekt und andererseits ein Ungleichgewicht. Deshalb verstehe ich nicht, weshalb Ihr jetzt so unglaublich beratungsresistent seid, grundsätzlich um jeden Rappen streitet, sparen, sparen, sparen wollt, das Parlament mit Kürzungsanträgen flutet – und jetzt die 100'000 Fr. einfach so herauswerfen wollt. Das macht keinen Sinn.

Die SP ist dagegen, dass wenn die Schulverwaltung, die Stadträtin und die Schulpflege zusammen ein Budget abmachen, das für alle plus/minus im Gleichgewicht ist, dass wir im Parlament reingrätschen und das nun wieder über den Haufen werfen. Auch das macht keinen Sinn.

Die SP lehnt den Antrag ab.

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Die Mitte-Partei hat damals die Reorganisation der Schulpflege abgelehnt, weil wir schon damals erkannt haben, dass die neue Struktur viel teurer wird. Ausserdem ist die Schulpflege weit weg vom eigentlichen Geschehen im Schulzimmer und taucht auch kaum einmal in den Schulen auf. Auch das haben wir damals prophezeit.

Jetzt gilt es aber, vorwärtszuschauen. Die Behördenreorganisation ist für die Schulleitungen und die Leitungen Bildung eine grosse Herausforderung. Besonders die Leitungen Bildung sind mit Arbeit so stark eingedeckt, dass sie Gefahr laufen, dass sie nach kurzer Zeit wieder abspringen. Wir erachten es darum als nötig, eine auf zwei Jahre befristete Stelle einzusetzen. Wir unterstützen deshalb diesen Antrag.

Eine pauschale Erhöhung des Globalkredits um 75'000 Fr. lehnen wir ab, auch wenn wir sehen, dass natürlich auch die Schulverwaltung extrem viel zu tun hat.

Stadträtin M. Blum: Zunächst möchte ich mich ganz herzlich bedanken für die gute Diskussion in der Kommission und für die klare, parteiübergreifende Haltung zugunsten des Budgets von allgemein Bildung, Betreuung und Sport. Es freut mich als neue Vorsteherin ganz besonders, dass das Parlament die Bedeutung dieser wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben so klar erkannt hat.

Zum Aufstocken: Vielleicht nochmals kurz das Votum von letzter Woche aus dem Parlament aufgegriffen, wo jemand aufgezeigt hat, dass seit 2011 die Stellen in der Verwaltung um 18% gestiegen sind und die Schüler- und Schülerinnenzahlen um 30%. Das sind in den letzten zwei Jahren alleine fast 700 Schülerinnen und Schüler. Einfach damit man sich das vor Augen führt, was das bedeutet für die Leute im Departement, die da arbeiten, sei es an Schlüsselpositionen oder auch nicht.

Und neben der Bewältigung des Wachstums, das natürlich noch weitergeht, haben wir weitere drei grosse Herausforderungen im Bereich Schule: Das ist einmal, dass in den letzten Jahren die Schule mehr und mehr gesellschaftliche Aufgaben übernommen hat, von Integration bis Inklusion, um nur ein paar zu nennen. Und insbesondere bei der Integration, von den mehr als 1'000 Menschen, die in Winterthur jedes Jahr neu ein Zuhause finden, leisten die Schulen enorme Aufgaben. Und über diese Aufgabe sind wir alle sehr froh, aber es ist eine enorme zusätzliche Belastung für das Schulsystem. Und wir wissen, es geht weiter so in den nächsten Jahren.

Einfach damit Sie sich die Situation, auch von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im Departement, vielleicht vor Augen halten können. Dazu kommen zwei weitere riesige Herausforderungen: Infrastruktur, das haben wir auch gehört, da haben wir einen enormen Aufholbedarf. Die bestehende Infrastruktur muss erhalten und ertüchtigt werden und es muss neue bereitgestellt werden.

Und on top von all dem befindet sich diese extrem wachsende Organisation seit einem Jahr in einer aussergewöhnlichen, sehr umfangreichen Reorganisation, welche zwei Exekutivbehörden umfasst, den Stadtrat und die neue Winterthurer Schulpflege. Und da sind sehr viele involviert, Mitarbeitende und auch Mitarbeitende mit Schlüsselpositionen. Auf beiden Seiten. Leitungen Bildung haben wir gehört, aber auch auf Seite Departement. Und wenn die Schulleitungen das grundsätzlich sehr begrüssen, eine Schule Winterthur, dann meinen sie immer beide Seiten, beide Exekutivbehörden und beide Verwaltungsstränge dieser zwei Exekutivbehörden.

Und diese Schlüsselpersonen, insbesondere die Schlüsselpersonen, sind auch letzte Woche vom Bezirksrat explizit namentlich erwähnt worden. Also wir sprechen hier von Menschen und Schlüsselpersonen auf beiden Seiten. Das Zusammenkommen und das Zusammenwachsen dieser beiden Organisationen ist ein enormer Vorteil für die Stadt, für eine Schule Winterthur. Und das geht nur zusammen. Seit einem Jahr leisten auf beiden Seiten Schulpflege, Leitung Bildung wie Departement an allen Stellen zum Wachstum dazu, alle ohne zusätzliche Ressourcen, ihren Beitrag an die Reorganisation. Auch das, um sich das einmal zu verdeutlichen: Keine zusätzlichen Ressourcen auf beiden Seiten dafür. Das heisst, neben dem Tagesgeschäft sollen auch weiterhin laufend die Schnittstellen und Aufgaben geklärt werden. Also das Tagesgeschäft muss sichergestellt werden und ständig muss man sich mit der Reorganisation auf beiden Seiten wiederfinden und die Aufgaben und Schnittstellen definieren. Und auch das weiterhin ohne zusätzliche Ressourcen auf beiden Seiten.

Für dieses riesige Engagement für eine Schule Winterthur möchte ich mich bei der Schulpflege, bei der Leitung Bildung und auch beim Departement an dieser Stelle herzlich bedanken.

Der vorliegende Budgetantrag ist ausgewogen – und zwar ausgewogen auch über die Departemente hinweg. Das haben wir auch gehört, wir können Schulraum nicht alleine von der Schule aus bewältigen oder bereitstellen. Da braucht es alle. Da braucht es das Departement, da braucht es die Leitungen Bildung und da braucht es viele andere Departemente in dieser Stadt. Und das Budget fokussiert jetzt auf die Bereiche, wo am meisten Aufholbedarf besteht und wo die Stadt vor enormen Aufgaben steht. Wie zum Beispiel bei den Schulbauten. Und Christian Maier hat es vorhin angesprochen: Wir sind jetzt in einer Situation, in der wir Wünschbares und Machbares unterscheiden müssen. Und in dem Sinne bitte ich Sie, die Anträge abzulehnen.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Martina. Somit sind wir abstimmungsreif. Beide Anträge unterliegen dem erhöhten Quorum, d.h. sie brauchen 31 Stimmen, um durchzukommen. Deshalb werden wir wieder auszählen lassen.

Die erste Abstimmung lautet: Wer dem BSKK-Antrag um die Erhöhung des Globalkredits um 100'000 Fr. zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben. Bitte auszählen.

Wer lehnt die Erhöhung des Globalkredits ab?

Gibt es Enthaltungen?

Die Erhöhung des Globalkredits um 100'000 Fr. hat das erhöhte Quorum geschafft mit 36 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Wir kommen zum nächsten Antrag, dem Fraktionsantrag der Grünen/AL um Erhöhung des Globalkredits um 75'000 Fr. für die Schulverwaltung.

Wer dieser Erhöhung zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben. Bitte auszählen.

Wer lehnt diese Erhöhung ab? Bitte jetzt die Hand erheben.

Jetzt bitte noch die Enthaltungen?

Die Erhöhung des Globalkredits, der Fraktionsantrag, ist mit 40 Nein-Stimmen zu 9 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Somit ist die Produktegruppe Volksschule abgeschlossen.

Einkauf und Logistik Winterthur

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Da gibt es einen Kommissionsantrag aus der BSKK. Ich bitte den Referenten Christian Maier, diesen vorzustellen.

Ch. Maier (BSKK): Das ist keine komplizierte Geschichte. Wir möchten als Kommission einfach den Zustand wiederherstellen, wie wir ihn letztes Jahr schon bestimmt haben. Es geht um den Preisvorteil, den der Warenkorb darstellt, den ELW produziert, von den 50 umsatzstärksten Artikeln. Zur Erinnerung: ELW macht die Beschaffung v.a. für die ganzen Schulen und für die ganze Stadt mit Material. Und ein wesentlicher Grund, weshalb das ELW machen soll, ist, weil sie das günstiger macht, als wenn alle Departemente auf dem freien Markt einkaufen würden. Damit diese Legitimation auch bleibt in Zukunft, haben wir letztes Jahr diese Zielvorgabe erhöht auf 15% Preisvorteil.

Jetzt hat das Departement vorgeschlagen, das wieder zu reduzieren auf 10%. Und die Kommission kam zum Schluss: Nein, wir wollen das belassen auf der Zielgrösse vom Vorjahr. Als Klammerbemerkung dazu: Unter Anpassung der Berechnungsmethode. Bis jetzt war der Warenkorb nicht mengengewichtet, also 1 WC-Rolle, die man einkauft, war gleich gewichtet wie 10'000 Blatt Papier. In der neuen Berechnung soll es so sein, dass diese Mengengewichtung stattfindet und es so ein aussagekräftigeres Bild gibt.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Christian. Gibt es dazu noch Wortmeldungen aus dem Parlament? – Dem ist nicht der Fall. Somit geht das Wort an die zuständige Stadträtin. - Der Stadtrat verzichtet auf das Wort.

Somit kommen wir zur Abstimmung.

Wer der Anpassung des Zielerreichungsgrad und der Berechnung laut dem Kommissionsantrag zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Lehnt es jemand ab?

Das ist eindeutig angenommen.

Sonderschulung: Keine Anträge, so genehmigt.

Familie und Betreuung: Keine Anträge, so genehmigt.

Berufsbildung

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Da gibt es einen Kommissionsantrag aus der BSKK. Ich bitte den Referenten Pascal A. Werner, dazu Stellung zu nehmen.

P. Werner (BSKK): Im Budget 2023 ist in der parlamentarischen Zielvorgabe bei der Anschlusslösung beim Produkt Berufsvorbereitungsjahr profil der Zielerreichungsgrad auf 96% eingesetzt. Für das Budget 2024 und die Folgejahre, wie im FAP ersichtlich, jedoch nur noch 90%. In der BSKK wurde der Antrag gestellt, diesen Zielerreichungsgrad wieder auf 96% anzuheben. Dieser Antrag wurde in der Kommission 9:0 angenommen.

Ich bin der Meinung, um eine seriöse und fördernde Bildung zu unterstützen, ist der Antrag für eine Anhebung der Messgrösse anzunehmen. Danke vielmals.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Gibt es Wortmeldungen aus dem Parlament? Möchte sich die Stadträtin dazu äussern?

Somit können wir darüber abstimmen.

Wer diesen Antrag der BSKK gutheissen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen?

Somit ist diese Änderung angenommen und die Produktegruppe Berufsbildung auch abgenommen.

Sportamt: Keine Anträge, so genehmigt.

Das Departement Schule und Sport ist damit abgenommen.

Wir kommen weiter zum Departement Soziales.

Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde KESB: Keine Anträge, so genehmigt.

Sozial- und Erwachsenenhilfe

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Da gibt es einen Fraktionsantrag der FDP um Reduktion des Globalkredits. Das Wort hat Felix Helg.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, den Globalkredit um 200'000 Fr. zu reduzieren.

Auch in diesem Jahr gibt es bei der Produktegruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe einen beträchtlichen Stellenaufbau. Die FDP-Fraktion hat dies bereits beim letztjährigen Budget kritisiert.

Zu einem Teil lässt sich das Stellenwachstum nachvollziehen; das Departement Soziales hat den Stellenzuwachs auch in der Kommission detailliert erklärt (es geht da namentlich um die Faktoren Ukraine-Flüchtlinge, generelles Fallwachstum, organisatorische Anpassungen). Fraglich ist aber, ob wirklich alle Stellen im beantragten Umfang nötig sind. Bei solchen Kürzungsanträgen kann man es machen, wie man will, der Tadel bleibt nicht aus. Wenn man einen unbegründeten Kürzungsantrag stellt, in der Meinung, dass nach den WOV-Regeln das Departement selbst zu schauen hat, wo man den parlamentarischen Kürzungsauftrag umsetzt, so wendet man ein, man solle doch schon ausführen, wo zu sparen ist. Und umgekehrt, wenn man einen Kürzungsantrag mit einer Begründung stellt, wird einem entgegnet, ohne das spezifische verwaltungsinterne Fachwissen könne man als Parlamentsmitglied nicht seriös der Verwaltung vorgeben, wo man auf etwas zu verzichten habe.

Die FDP-Fraktion kapituliert angesichts dieser Ausgangslage aber nicht. Aus unserer Optik darf eine Begrenzung des Kostenwachstums gefordert werden. Als kritisch erachten wir die Stelle (0.8) für die Ablösung der Software für die Klientenbuchhaltung, zumal sie nicht projektbezogen befristet vorgesehen ist, und die Stelle (1.0) für den kaufmännischen Support. Die Kürzung muss man auch im Licht des Umfangs der gesamten Produktegruppe sehen, von gut 30 Mio. Fr. Da sind aus unserer Sicht eine Priorisierung und andere Gewichtung der Aufgaben sehr wohl möglich.

L. Merz (SP): In der Kommission hat man uns nachvollziehbar dargelegt, wieso es diese Stellen braucht. Die eine ist die Stelle für kaufmännischen Support, welche die FDP jetzt für verzichtbar hält. Diese steht aber in direktem Zusammenhang mit der Falllast. Im Bereich Asyl gibt es in der PG Sozial- und Erwachsenenhilfe ein Fallwachstum, das hat auch Felix Helg schon angetönt, vor allem wegen dem immer noch andauernden Ukraine-Krieg. Wegen diesem Fallwachstum sind im Budget der Produktegruppe 0.9 Stellen für die Sozialberatung eingeplant. Und direkt angebunden an diese Stelle in der Fallführung ist eben dieser kaufmännische Support. Wenn fallführende Stellen dazukommen, braucht es auch mehr kaufmännischen Support in der Administration, damit dann diese Arbeit auch wirklich effizient erledigt werden kann. Wenn wir jetzt die kaufmännische Unterstützung nicht gewährleisten, führt das dazu, dass die Fallführenden selbst mit der Administration belastet werden müssen, was meiner Meinung nach auch nicht das Ziel sein kann, da das dazu führt, dass diese dann weniger Fälle bearbeiten können.

Zur Stelle in der Fachinformatik: Dort hat man uns gesagt, dass die Digitalisierungsprojekte bisher jahrelang mit teuren externen Projektleitenden gemacht wurden. Wenn diese Stelle

jetzt nicht bewilligt wird, wäre die Konsequenz, dass das weiterhin so gemacht würde – und das wäre dann definitiv auch nicht günstiger.

Aus unserer Sicht ist dieser Antrag kurzsichtig und die SP-Fraktion wird diesen Antrag deshalb ablehnen.

F. Kramer-Schwob (EVP): Die Sozial- und Erwachsenenhilfe erscheint uns nicht überdotiert. Wir unterstützen den Streichungsantrag deshalb nicht. Wir möchten aber anmerken, dass wir Klärung erwarten bei den Informatikausgaben. Die IDW sagt nämlich, dass sie den vollen Service für alle erbringen. Und doch werden da und dort jetzt auch in den Produktgruppen Informatik-Stellen aufgebaut.

B. Oeschger (GLP): Die GLP-Fraktion hat sich bei diesem Antrag sehr schwer getan. Die budgetierten Stellen konnten ausreichend begründet werden. Der kaufmännische Support ist angebunden an die Falllast. Auch die Begründung der IT-Stelle erschliesst sich der GLP-Fraktion. Durch die Schaffung dieser Inhouse-Stelle erwarten wir eine Reduktion der Aufwände für Dritte. Gerade dazu, zur Entwicklung der Aufwände für Dritteleistungen und Honorare, hätten wir aber gerne mehr gewusst. Die offenen Fragen wollen wir aber nicht mit dem Kürzungsantrag vermengen und lehnen den Antrag ab.

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Ja, die Argumentation macht es da in diesem konkreten Fall tatsächlich schwierig, beim Antrag auf die Kürzung der konkreten Stellen so einzugehen. Felix hat das aber gut geäußert: Wenn man sagt, man kürzt einfach global, dann heisst es, man solle genau sagen wo. Und wenn man probiert, konkret etwas anzugehen, dann ist die Verwaltung fähig, gut zu begründen, weshalb das – wie Livia auch gut gesagt hat – «Sinn mache».

Vielleicht insofern: Informatikstellen werden ganz allgemein, überall in allen Departementen, ausgebaut. So die Wahrnehmung – vielleicht von Laienseite, okay, ich nehme das so an. Man kann dann immerhin so sagen: Gut, bei 30 Mio. oder sogar 34 Mio., wie es im Budget steht, hat ja dann die Produktgruppe durchaus Möglichkeiten, diese 200'000 Fr. irgendwo sonst unterzubringen. In dem Sinne unterstützen wir den Antrag der FDP.

G. Gisler (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt die Stellenkürzung der FDP. Dies aus folgenden Gründen:

1. Bei den Stelleneinheiten von Ist 2022 zu Soll 2023 sind es bereits rund 20 Stellen mehr. Nun sollen nochmals 7.53 Stellen dazukommen.
2. Dieses Jahr sollen unseres Erachtens die damaligen Stellenerhöhungen konsolidiert werden.
3. Daher erachten wir es als gerechtfertigt, das Budget um 1.8 Stellen im Sinne einer Konsolidierung nicht zu erhöhen und das Budget damit um 200'000 Fr. zu entlasten. Besten Dank.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Ich habe Sarah Casutt vertreten während der ganzen Budgetdebatte in der Kommission, deshalb auch noch ein paar Worte von mir.

Ich glaube, wir müssen hier nicht zu einer WOV-Debatte ausarten. Wir kennen das System und wissen, wie es funktioniert. Inhaltlich gesehen ist es für uns absolut plausibel erklärt worden, wie sich diese Stellen zusammensetzen und weshalb diese nötig sind.

Und deshalb stimmen wir gegen diesen Kürzungsantrag.

Stadtrat N. Galladé: Gerne auch von stadträtlicher Seite her noch kurz etwas zu diesen Fraktionsanträgen. Es ist so, dass zu den genannten Stellen – das hat Livia Merz ja gut ausgeführt – die kaufmännische Stelle halt wirklich einen Zusammenhang hat mit der Fallentwicklung. Das ist ja eigentlich die Erfolgsgeschichte mit der falllastbasierten Steuerung. Und es ist so, dass da halt einfach die kaufmännischen Stellen mit drin sind und diese natürlich auch entsprechende Wirkung erzielen. Und dass man da in diesem Fall nun halt um eine Stelle nachziehen muss.

Vielleicht noch zum Gesamtblick auf diese Produktgruppe, das ist eine richtige Anmerkung von Felix Helg, sie hatte ein Wachstum. Die Gründe wurden von ihm auch teilweise genannt. Ich glaube, wichtig ist auch noch, dass man den Gesamtzusammenhang sieht, auch noch mit der Produktgruppe Individuelle Unterstützung, wo es dann letztlich um die Leistungen geht. Und wenn man das gesamthaft anschaut, dann haben wir eben – auch dank dem Ausbau der Sozial- und Erwachsenenhilfe-Stellen - über das Gesamte gesehen eine Entwicklung, die finanzpolitisch erfreulich ist: Nämlich eine rückläufige, auch wenn man die Transferleistungen anschaut.

Bei der Informatikstelle ist es so, dass wir tatsächlich bei verschiedenen Fallführungssystemen – und das vielleicht zu Franziska Kramer-Schwob wegen der Klärung: Es gibt einfach ganz spezifische Fallführungssysteme, die natürlich sehr nahe dort geführt und begleitet und entwickelt und teilweise auch verändert werden müssen, wo auch damit im Alltag gearbeitet wird. Selbstverständlich in Absprache mit der IDW, aber das ist da der Fall. Das KLIBnet ist eine ganz zentrale Software, da steuern wir 60 Mio. Nettoausgaben, 150 Mitarbeitende. Das ist end of life, da steht eine Ablösung an. Das wird über mehrere Jahre gehen, das wird sehr anspruchsvoll sein, aber sehr entscheidend. Wir haben auch bei den Zusatzleistungen eine neue Software. Und wir müssen bei den auslaufenden Softwares teilweise auch Gesetzesänderungen im Asylwesen und an anderen Orten laufend immer wieder adaptieren. Das wurde jetzt teilweise mit externem Beizug aufgegleist und gemacht, aber es wird uns die nächsten Jahre in hohem Mass beschäftigen. Und da macht es Sinn, dass wir dieses Wissen kontinuierlich inhouse haben und auch den Dritten (das sind dann wieder Auswärtige, die jeweils diese Softwares anbieten und entwickeln) kontinuierlich Leute entgegenstellen können. Und von daher ist es ganz wichtig, dass auch die 0.8 Stellen gesprochen werden. Besten Dank.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Nicolas. Dann stimmen wir darüber ab.

Wer möchte dem FDP-Antrag um Reduktion des Globalkredits um 200'000 Fr. in der Sozial- und Erwachsenenhilfe zustimmen? Der soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer lehnt das ab?

Das ist eine Mehrheit und somit ist dieser Antrag nicht durchgekommen.

Wir haben damit die Sozial- und Erwachsenenhilfe abgeschlossen.

Prävention und Suchthilfe: Keine Anträge, so genehmigt.

Individuelle Unterstützung: Keine Anträge, so genehmigt.

Spitex: Keine Anträge, so genehmigt.

Alterszentren: Keine Anträge, so genehmigt.

Beiträge an Organisationen: Keine Anträge, so genehmigt.

Wir werden nach der Nachtessenspause mit der Arbeitsintegration weiterfahren und das Departement Soziales mit dieser Produktgruppe dann abschliessen.

Ich wünsche Euch allen «En Guete».

Nachtessenspause.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Wir fahren weiter mit der Abendsitzung. Zusätzlich abgemeldet hat sich Alex Würzer, er musste sich für die Abendsitzung entschuldigen.

Wir gehen weiter bei der Budgetdebatte bei der Arbeitsintegration.

Ich möchte noch anmerken: Es ist die letzte Sitzung, bei der Ihr händisch abstimmt. Die letzte Sitzung, bei der die Stimmenzähler auszählen. Das nächste Mal wird dann alles elektronisch gehen – wenn es dann klappt.

Arbeitsintegration

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Da gibt es zwei Kommissionsanträge. Sie werden vorgestellt von Christian Griesser. Darf ich Dich bitten, gleich zu beiden Stellung zu nehmen?

Ch. Griesser (SSK): Der erste Kommissionsantrag betrifft den Nettoglobalkredit. Wir haben ja letztes Mal über die finanziellen Konsequenzen der Zentralisierung der Arbeitsintegration abgestimmt und diesen Kosten zugestimmt. Leider ist die Weisung ja sehr spät gekommen und die Konsequenz daraus war nachher, wie das in der Kommission moniert wurde, dass da in den Novemberbrief gehört hätte, den es ja nicht mehr gibt, und deshalb sind diese Kosten eben nicht im Budget enthalten und wir müssen sie deshalb jetzt noch bewilligen. Das heisst, der Nettoglobalkredit beträgt statt 1.64 Mio. 226'000 Fr. mehr, das heisst 1.867 Mio. Dieser Kommissionsantrag wurde mit 7:2 angenommen.

Der zweite Antrag wurde mit 9:0 angenommen und da ist ja letztendlich auch total klar: Im Buch A ist noch das §-Zeichen drin (das heisst, man ging davon aus, dass es gebunden ist). Wir haben ja letztes Mal darüber abgestimmt, also ist es klar, dass es nicht gebunden ist, und das müssen wir entsprechend nachtragen mit dem #-Zeichen. Das wurde, wie gesagt, mit 9:0 angenommen.

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Ich möchte es gar nicht lange machen. Die Mietmehrkosten sind eine logische Folge der an der letzten Sitzung angenommenen Weisung zur Zentralisierung der Arbeitsintegration Winterthur. Deshalb ist es auch logisch, dass wir diesen Antrag der SSK unterstützen.

F. Kramer-Schwob (EVP): Ja, man kann sagen, das sei eine logische Folge, dass zum Ja zur Zentralisierung von letzter Woche auch die dazugehörige Budgeterhöhung gehört. Als EVP sind wir aber nach wie vor der Meinung, dass die Zentralisierung im bisherigen Globalkredit hätte Platz finden müssen. Und wir erhalten uns zur Erhöhung des Globalkredits, wie wir uns auch zur Weisung enthalten haben letzte Woche.
Der Korrektur der Kreditart stimmen wir natürlich zu.

B. Oeschger (GLP): Aus unserem Votum vom letzten Mal erschliesst sich die Zustimmung der GLP-Fraktion zum vorliegenden Antrag.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Ich glaube, unabhängig davon, ob man das letzte Mal zugestimmt hat oder nicht, es ist einfach eine Realität, dass der Nettoglobalkredit jetzt 1.867 Mio. ist. Und deshalb stimmen wir dem wie auch der Änderung vom §-Zeichen zum #-Zeichen selbstverständlich zu.

M. Sorgo (SP): Ich kann es kurz machen, wir schliessen uns den Vorredner/-innen an, insbesondere Christian Griesser, und werden auch beiden Anträgen zustimmen.

Stadtrat N. Galladé: Die Logik wurde vom Referenten erläutert. Sie ziehen die Gebundenheit jetzt ja auch nach bzw. nehmen sie entsprechend heraus und nehmen die Weisung, die Sie letzte Woche beraten haben, als Bewilligung hinein bei den Verpflichtungskrediten. Und Bestandteil dieser Weisung war ja auch die Mehrerhöhung, die wegen dem späten Zeitpunkt jetzt nicht mehr direkt im Budget selbst vorgekommen ist, aber vom Stadtrat über die Weisung auch beantragt worden ist.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank. Somit kommen wir zur Abstimmung. Der erste Antrag der SSK unterliegt dem erhöhten Quorum, deshalb werden wir das auszählen. Wir brauchen 31 Stimmen.

Wer dem Antrag der SSK zur Erhöhung des Globalkredits um 226'766 Fr. zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer lehnt ab?

Gibt es Enthaltungen?

Ihr habt der Erhöhung des Globalkredits mit 43 Stimmen zugestimmt, mit 2 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen.

Somit kommen wir noch zum zweiten Antrag der Kommission, das Zeichen, das da ändert. Ich möchte alle, welche diese Änderung vornehmen möchten, bitten, die Hand zu erheben. Vielen Dank, das ist klar und deutlich angenommen. Somit ist die Produktegruppe Arbeitsintegration auch erledigt und auch das ganze Departement Soziales.

Wir kommen zum Departement Technische Betriebe.

Stadtwerk Winterthur: Keine Anträge, so genehmigt.

Öffentliche Beleuchtung: Keine Anträge, so genehmigt.

Stadtbus Winterthur: Keine Anträge, so genehmigt.

FinÖV Stadt: Keine Anträge, so genehmigt.

Stadtgrün Winterthur: Keine Anträge, so genehmigt.

Somit ist das ganze Departement Technische Betriebe abgenommen.

Wir kommen noch zu Behörden und Stadtkanzlei.

Stadtkanzlei

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Da gibt es einen Kommissionsantrag. Ich bitte Franziska Kramer-Schwob, diesen Antrag vorzustellen, und anschliessend die GLP, ihren Fraktionsantrag vorzustellen, bevor wir dann zu den Voten kommen, die über beide Anträge stattfinden sollen. Darf ich Dich bitten, Franziska.

F. Kramer-Schwob (AK): Die Aufsichtskommission beantragt mit 6:5 Stimmen, den Stellenaufbau in der Stadtkanzlei um 0.79 auf total 1.1 Stellen zu beschränken. Nachdem die Stadtkanzlei die Digitalisierungsstrategie erlassen hat, soll die Stelle des Portfolio-Managers geschaffen werden können. Auch die Bearbeitung von Neubeurteilungen durch die Stadtkanzlei erscheint der AK sinnvoll.

Die restlichen Stellen sind jedoch zu streichen oder zu absorbieren, was eine Reduktion des Globalkredits um 130'000 Fr. ausmacht.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank. Den Fraktionsantrag der GLP stellt Samuel Kocher vor.

S. Kocher (GLP): Die Implementierung eines Programms, wie es im Buch B steht, zur Unterstützung der digitalen Transformation, sehen wir nicht als eine Kernaufgabe der Stadtkanzlei. Digitale Transformation findet auf unterschiedlichen Stufen, mit unterschiedlichen Vorkenntnissen und Anforderungen an die einzelnen Mitarbeitenden statt. Ein zentrales Programm müsste, wenn zwingend notwendig, diesen Gegebenheiten angepasst sein und näher bei den einzelnen, sicherlich sehr diversifizierten Bedürfnissen – wenn man daran denkt, man beschäftigt doch Leute, die als Gärtner arbeiten, und andere, die als IT-Verantwortliche in der IDW arbeiten. Das müsste diesen Bedürfnissen angepasst sein.

Und wenn man schon eine digitale Transformation stattfinden lassen sollte, dann müsste man es auch dort machen, wo es wirklich notwendig ist, und nicht an einer zentralen Stelle.

Entsprechend beantragen wir, im Globalkredit die 200'000 Fr. für die digitale Transformation zu streichen.

F. Kramer-Schwob (EVP): Wir unterstützen die Stellenkürzung bzw. eine Kürzung des Globalkredits. Worauf die Stadtkanzlei im Einzelnen verzichtet, bleibt ihr überlassen. Den Streichungsantrag der GLP unterstützen wir nicht. Das ist ein operativer Entscheid der Stadtkanzlei, der ihr zu überlassen ist.

M. Gnesa (SP): Beim ersten Kürzungsantrag geht es um verschiedene Stellen mit sehr kleinen Pensen, die damit begründet werden, dass die Stadtkanzlei immer mehr Arbeiten und übergeordnete Projekte übernimmt, die sie mit der gleichbleibenden Anzahl Mitarbeitenden zu erledigen hat (zum Beispiel das Projekt Neues Internetportal). Der so begründete Stellenaufbau ist aus Sicht der SP massvoll und vertretbar. Die SP lehnt den Kürzungsantrag ab. Zum zweiten Antrag: Die vom Kürzungsantrag betroffene Stelle soll zur Förderung der digitalen Transformation beitragen. Diese ist ja bereits im Gang. Sie ist notwendig und wir wollen sie doch alle – oder fast alle. Für die digitale Transformation braucht es aber auch Ressourcen, die Mitarbeitenden brauchen Unterstützung. Sie haben je nach Funktion und Vorkenntnissen unterschiedliche Bedürfnisse. Aus unserer Sicht macht es deshalb Sinn, die dabei anstehenden Aufgaben einer übergeordneten, fachlich qualifizierten Stelle zu übertragen, die am besten in der Lage ist, auf die verschiedenen Bedürfnisse der Mitarbeitenden einzugehen. Wenn jedes Departement diese Aufgaben selbst erledigen soll, ist es womöglich im Ergebnis teurer und nicht unbedingt besser. Ausserdem dürfte Digitalisierung besser funktionieren, wenn es die Aufgabe von jemandem ist, der dafür angestellt und ausgebildet ist und die Aufgabe in seinem Stellenprofil hat. Daher lehnt die SP-Fraktion den Kürzungsantrag ab.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion unterstützt die Reduktion des Globalkredits um 130'000 Fr. und die angedachte Reduktion des Stellenausbaus. Der Ausbau um knapp zwei Stellen erachten wir als zu hoch. Unternehmenskommunikation gehört für uns ganz klar zu den Aufgaben der Kommunikationsabteilung und LinkedIn sehen wir primär als Tool für die Personalabteilung, allenfalls noch die Kommunikationsabteilung. Der Argumentation der GLP für die Kürzung der 200'000 Fr. für die digitale Transformation können wir uns anschliessen und unterstützen die Streichung.

M. Zundel (Grüne/AL): Bei den 0.79 FTE bei der Stadtkanzlei haben wir es so verstanden von der Stadtkanzlei, dass diese eigentlich bereits jetzt schon anfallen und das eine Abdeckung der Realität wäre. Und falls diese Stellen nicht gesprochen werden, erwarten wir, dass die Mitarbeiterzufriedenheit und/oder die Qualität der Arbeit sinken wird. Beim Vorstoss der GLP bezüglich Digitalisierung sehen wir es nicht, dass man die ganze Zeit klagen kann, dass die Digitalisierung bei der Stadt nicht vorwärtsgeht und dass man dann, wenn sie ein Projekt aufgleisen, dieses dann streicht. Deshalb lehnen wir beide Anträge ab.

D. Oswald (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt beide Kürzungsanträge.

U. Hofer (FDP): In Absenz von Raphael Tobler kann ich sagen, dass die FDP-Fraktion beide Anträge unterstützt. Vielleicht kann ich da ein bisschen ausholen: Bei der Stadtkanzlei und bei der Stadtentwicklung, bei eher kleinen Produktgruppen, sieht man halt sehr gut, wie extrem das gewachsen ist in letzter Zeit. Grössere Produktgruppen können das besser verstecken. Aber wir haben auch da das Gefühl, es wird einfach überall überproportional erhöht. Wir müssen das reduzieren, wir müssen Prioritäten setzen – und das machen wir mit diesen Anträgen. Besten Dank.

Stadtpräsident M. Künzle: Selbstverständlich wehren wir uns dagegen, dass man gleich beide Anträge unterstützt. Eine Streichung von 330'000 Fr. aus dem Globalbudget für eine relativ kleine Verwaltungseinheit, da sind wir klar der Meinung: Das ist zuviel.

Und wenn man den 130'000er und den 200'000er anschaut, dann wäre uns – auch wenn der Betrag höher ist - der 200'000er lieber als der 130'000er, denn die Stelleneinheiten, auch wenn sie klein sind, sind wichtig. Und ich glaube, wir haben sie auch seriös benannt. Das ist ein Indiz dafür, dass wir überall dort, wo wir wirklich Spitzen haben von der Arbeit her, dass wir dort ein bisschen mehr Ressourcen haben müssen.

Der Hinweis noch zu den Voten vorhin: KSW (Kommunikation Stadt Winterthur) gehört zur Stadtkanzlei. Und die ewige Geschichte mit der Stadtentwicklung, die jetzt gerade in den gleichen Topf mit der Stadtkanzlei geworfen wurde, das habe ich in der Kommission schon erklärt, dass wir dort nicht einfach gewachsen sind. Wir haben die Stellenprozente, die das Parlament gesprochen hat, nachvollzogen. Dort nochmals: Es war das, was vorbereitet war aus dem Parlament.

Nochmals meine Bitte: Dass man sicher nicht beide, am liebsten natürlich keinen unterstützt. Aber sicher nicht beide. Und wenn, dann unterstützt man lieber die 200'000 Fr. Danke.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Mike. Somit werden wir abstimmen.

Die erste Abstimmung ist der AK-Antrag, Reduktion des Globalkredits um 130'000 Fr.

Wer das unterstützen möchte, soll das zeigen mit Handerheben. Auszählen bitte.

Wer möchte die Reduktion des Globalkredits nicht sprechen? Der soll das jetzt mit Handerheben zeigen.

Gibt es Enthaltungen?

Es war doch deutlicher, als es auf den ersten Blick für mich ausgesehen hat: Es sind 32 Ja-Stimmen zur Reduktion des Globalkredits um 130'000 Fr. zu 22 Nein-Stimmen.

Dann kommen wir noch zum Fraktionsantrag.

Wer da die Reduktion um 200'000 Fr. unterstützen möchte, soll das zeigen mit Handerheben. Bitte auszählen.

Wer lehnt die Reduktion des Globalkredits um 200'000 Fr. ab?

Gibt es Enthaltungen?

Die Kürzung des Globalkredits um 200'000 Fr. ist mit 29:24 Stimmen angenommen.

Somit sind beide Anträge durchgekommen.

Wir schliessen die Produktegruppe Stadtkanzlei ab.

Stadtparlament: Keine Anträge, so genehmigt.

Finanzkontrolle: Keine Anträge, so genehmigt.

Ombuds- und Datenschutzstelle

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Ich bitte die Referentin Regula Keller, den Kommissionsantrag vorzustellen.

R. Keller (AK): Es gibt einen Kommissionsantrag in Bezug auf die Zielvorgabe im Datenschutz, und zwar in Bezug auf die Anzahl Audits, die im Budget geplant sind. Der Antrag ist, die Zielvorgabe von 5 (wie es jetzt steht) auf 1 zu reduzieren. Die Begründung dafür ist, dass die Audit-Prozesse unter der jetzigen Datenschützerin zu wenig etabliert sind, so dass wir der Meinung sind, dass eine solch substanzielle Erhöhung der Anzahl der Audits nicht angezeigt ist. Im vorgesehenen Audit im nächsten Jahr soll der Prozess der ganzen Audits genau angeschaut und justiert werden, und auch die Dokumentation dieser Audits nochmals überprüft und verbessert werden.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank. Mir sind keine Wortmeldungen aus dem Parlament bekannt. Möchte sich der Stadtrat äussern? – Auch nicht.

Somit kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem AK-Antrag um die Reduktion der Anzahl Audits von 5 auf 1 bei der Datenschutzstelle zustimmen möchte, soll das zeigen mit Handerheben.

Das ist einstimmig, vielen Dank. Somit ist diese Änderung vollzogen.

Somit haben wir den Teil B der Budgetberatung jetzt abgeschlossen.

Wir kommen nun zur Detailberatung 2, also die Verwaltungsrechnung Buch A. Wir werden da durchgehen und falls es dazu Äusserungen gibt, kann man sich melden. Anschliessend gibt es dann vor der Schlussabstimmung nochmals die Möglichkeit, sich über das Globalbudget, über den FAP und auch noch zur Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich zu äussern.

Mir ist bekannt, dass Andreas Geering ein Votum zur Verwaltungsrechnung Buch A halten möchte. «Kontrolle der Investitionskredite», Produktgruppe 322 Tiefbau. Darf ich Dich bitten?

A. Geering (Die Mitte/EDU): Ich spreche wie erwähnt zum Teil A – Anhang «Kontrolle der Investitionskredite», Produktgruppe 322 Tiefbau. Das ist im Buch A ab Seite 131.

In der Investitionsrechnung der Produktgruppe 322 Tiefbau sind zahlreiche Investitionskredite aufgeführt, deren Summe 1 Mio. Fr. übersteigt. Die Bewilligung dieser Investitionskredite ist gemäss Budgetbuch noch offen – und sie sind dennoch im Budgetbuch bereits als gebunden markiert. Ich habe die Meinung der Mitte/EDU-Fraktion diesbezüglich in der Budgetdebatte in der Stadtbaukommission zum Ausdruck gebracht und will diese hier ebenfalls nochmals zu Protokoll geben.

Die Mitte/EDU-Fraktion ist der Meinung, dass Strassenbauprojekte, bei denen eine Neugestaltung stattfindet, nicht gebunden sein können. Wir stützen uns bei dieser Haltung auf den Entscheid des Verwaltungsgerichts vom 12.01.2023, der besagt, dass es beim Projekt Frauenfelderstrasse um eine Neugestaltung geht, weshalb diese Kosten nicht gebunden sind.

Entsprechend erwarten wir bei allen Strassenbauprojekten, welche eine Neugestaltung beinhalten und deren Summe 1 Mio. übersteigt, einen Kreditantrag an das Stadtparlament. Nachfolgend nenne ich exemplarisch mehrere Projekte, für welche diese Aussage zutreffend ist. Die Aufzählung ist aber vermutlich nicht abschliessend.

Es handelt sich unter anderem um Projekt 11665 Sulzerareal/Zur Kesselschmiede (3.03 Mio. als gebunden markiert, noch nicht bewilligt), 11683 Dättnerstr., Steigstr. Brüttenerfussweg (3.3 Mio. als gebunden markiert, noch nicht bewilligt), 11707 Haldenstr. Rychenberg- bis Schickstrasse (1.265 Mio. als gebunden markiert, noch nicht bewilligt), 11712 Jonas Furrer-Str. Breite- bis Irchelstrasse (2.365 Mio. als gebunden markiert, noch nicht bewilligt), 11714 Römertorstrasse, Dorf- bis Römerstrasse (1.195 Mio. als gebunden markiert, noch nicht bewilligt). Die Aussage «noch nicht bewilligt» bezieht sich immer auf die Drucklegung des Budgetbuchs, auf diesen Zeitpunkt.

Im Hochbau kommt zum Beispiel das Projekt 13419 Ersatzneubau Revierstützpunkt Seen, Sägeweg 11 (3.575 Mio.) dazu. Auch hier ist die Aufzählung nicht abschliessend. Auch hier ist das Bewilligungszeichen auf gebunden gestellt, war aber bei Drucklegung des Budgetbuchs noch nicht bewilligt.

Bei all diesen Projekten und weiteren ist wie gesagt die Kreditbewilligung noch nicht erfolgt. Trotzdem sind die Projekte grösstenteils bereits als gebundene Ausgaben vermerkt. Wie in der Kommissionsdebatte erwähnt, ist die Mitte/EDU-Fraktion der Meinung, dass die Bewilligungsinstanz (also die Zeichen § (gebunden oder Stadtrat) oder # (Parlament oder Volk)) nicht Teil des Budgetbeschlusses ist. Wir haben zwar vorhin bei der Arbeitsintegration ein solches Zeichen umgestellt, von gebunden auf #; wir sind aber als Fraktion der Meinung, das ist kein demokratischer Entscheid, sondern ein juristischer, bei dem im übergeordneten Recht festgelegt ist, wann was gebunden ist und wann was nicht. Wir stellen deshalb keine Anträge, um diese Zeichen zu ändern. Wie in der Kommissionsdebatte allerdings erwähnt, sind wir der Meinung, in künftigen Budgets sollten diese Bewilligungsinstanzen offen bleiben und nicht schon vorab auf § gestellt werden, da sie einen womöglich falschen Entscheid vorwegnehmen.

Abschliessend: Die Mitte/EDU-Fraktion erwartet für alle Projekte (Hoch- und Tiefbau), bei denen es um Neugestaltungen respektive neue Kosten geht, Weisungen an das Stadtparlament, wo dies von der Finanzkompetenz zu erwarten ist. Ausserdem erwarten wir, dass in künftigen Investitionsbudgets (ab Jahr 2025) bei noch nicht bewilligten Krediten die Bewilligungsinstanz offenbleibt und entsprechend nicht ein § oder ein anderes Zeichen dahintersteht.

In Replik auf unsere Fraktionserklärung vom letzten Montag, dem 27. November 2023, betreffend gebundene Kosten beim Projekt Wartstrasse, habe ich die Aussage von Stadträtin Christa Meier so verstanden, dass ihr ein Stimmrechtsrekurs lieber wäre als eine öffentliche Rüge im Stadtparlament, wo man dann nicht so genau weiss, wer nun Recht hat. Man hätte lieber eine externe, übergeordnete Beurteilung. So habe ich diese Replik verstanden. Das hat die Mitte/EDU-Fraktion gehört und wir werden künftig Stimmrechtsrekluse bei von als gebunden erklärten Kosten vermehrt prüfen. Danke für die Kenntnisnahme.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank. Gibt es sonst noch Voten zur Verwaltungsrechnung A aus dem Parlament? Dann hat der Stadtrat das Wort.

Stadträtin Ch. Meier: Man kann mich natürlich gerne falsch verstehen, wenn man das möchte. Und ich möchte jetzt ehrlich gesagt mein Votum von letzter Woche weder erklären noch wiederholen.

Wir haben diesen Sachverhalt in der Kommissionssitzung angeschaut, es ging dort in erster Linie um den Revierstützpunkt in Seen. Wir haben dort ganz klar in Aussicht gestellt, dass wir diesen Kredit sehr sorgfältig prüfen werden, was die Gebundenheit und Nicht-Gebundenheit angeht. Es ist so, dass ursprünglich dort ein 1:1-Ersatz geplant war und man in der jetzigen Beurteilung der Situation davon ausgeht, dass es wahrscheinlich kein 1:1-Ersatz ist und deshalb natürlich auch nicht gebunden sein wird.

Bei den Strassenbauprojekten möchte ich einfach sagen: Wir haben das Verwaltungsgerichtsurteil bei der Frauenfelderstrasse sehr ernst genommen. Wir haben die Definition von gebundenen und nicht gebundenen Kosten auch entsprechend angepasst. Es ist aber nicht so, dass einfach grundsätzlich bei jedem Projekt, bei dem ein Anteil Neugestaltung ist, deshalb der ganze Kredit nicht gebunden ist. Auch bei einer Neugestaltung bei einem Strassenprojekt ist immer noch ein ganz erheblicher Teil einfach Werterhalt. Und von daher ist diese Aufteilung in gebundene Kosten und nicht gebundene Kosten halt ein kleines bisschen komplexer.

Und deshalb habe ich gesagt, in einem solchen Fall würde im Zweifelsfall ein Urteil unter Umständen mehr helfen als einfach eine Behauptung, die in den Raum gestellt wird. So habe ich mich letzte Woche geäussert, und nicht, dass ich grundsätzlich froh wäre um Rekurse. Aber letztendlich muss jede Partei, die einen Rekurs einreicht, dann auch die Verantwortung dafür übernehmen. Das kann ich Euch nicht abnehmen.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Christa.

Ich schlage vor, dass wir eine pauschale Abnahme machen der Verwaltungsrechnung Buch A, ausser es gäbe da Widerspruch.

Wer möchte das Buch A, die Verwaltungsrechnung, so abnehmen, wie es vorgesehen ist? Der soll das bezeugen mit Handerheben. Dann ist das abgeschlossen.

Bei Punkt 4 steht Schlussabstimmung, wo wir dann auch über den Steuerfuss abstimmen werden. Ich möchte jetzt nochmals das Plenum öffnen für Schlussbemerkungen zum Budget. Gibt es da jemanden, der sich nochmals äussern möchte, zum Beispiel auch zum FAP? Urs Hofer.

U. Hofer (FDP): Wir von der FDP-Fraktion werden das Budget ablehnen. Das Budget 2024 und vor allem die Art und Weise, wie der Stadtrat in diesem Zusammenhang agiert – und zwar nicht nur in den letzten Monaten, sondern mehrjährig – halten wir für verantwortungslos. Und dafür wollen wir jetzt keinen Segen mehr geben.

Wir alle wissen oder haben wenigstens eine grobe Ahnung davon, dass riesige Herausforderungen auf uns zukommen und auch riesige Investitionen. Ganz Netto Null ist ein Thema, Fernwärmenetz, energetische Erneuerung der städtischen Infrastruktur; aber auch die Schaffung von Schulraum und Tagesschulen; steigende Zinslast; Winterthur 2040; Winterthur-Süd und und und. Alle die grossen Planspiele.

Wir haben vor wenigen Tagen mit dem Ersatz der zweiten Verbrennungslinie auch einmal ein Beispiel-Preisschild bekommen: Das sind 300 Mio. für eine der Herausforderungen, die nur einen Teilbeitrag leisten. Und ja, einiges davon unterstützen auch wir als FDP. Und wir sind bereit für grosse Investitionen. Das ist ja nicht die Kritik. Aber die Kritik ist: Auch in der Wunderwelt von rot/grün muss das doch irgendwie finanziert werden können.

Wir sind nicht die Stadt Zürich, die immer noch auf grossen Steuereinnahmen von juristischen Personen sitzt. Wir als Winterthur gehen diese Herausforderungen mit einem ohnehin schon klammen Kässeli, einem gigantischen Schuldenberg, einem bereits sehr hohen Steuerfuss und mit rückgehenden Steuern von juristischen Personen an. Und vom tiefen Steuerviveau der natürlichen Personen müssen wir schon gar nicht erst sprechen.

Wir können daher schlicht und einfach nicht weiterwursteln wie bisher. Es wird uns sonst bei all diesen Projekten spätestens in der Hälfte das Geld ausgehen. Und das ist ja das Schlimmste, das passieren kann: Dass man vieles anreisst, aber aus der Not und wegen der fehlenden Ressourcen (das kann aber auch personell sein) dann überall auf halbem Weg steckenbleibt. In der Terminologie von Christa Meier: Wir werden so keinen Quantensprung erreichen, sondern einfach ohne Seil und ohne Wingsuit in den Abgrund hinunterspringen.

Unsere Forderung ist klar, einfach und eigentlich eine Selbstverständlichkeit: Wer grosse Pläne hat, muss zunächst einen Plan erstellen, wie er was wie finanzieren will. Und im Laufe dieses Prozesses wird er nämlich feststellen, dass er sich wohl auch Gedanken darüber machen muss, worauf er verzichten kann, was er ändern muss, um das Ziel zu erreichen, welche Prozesse er optimieren muss.

Wir können nicht einfach alles Bisherige weiterwursteln, ein bisschen aufblähen und immer mehr grosse Versprechungen für die Zukunft machen. Wir können nicht einfach weiter beim FAP copy/paste machen. Sind wir ehrlich: Der vorliegende FAP ist eine Farce. Ich kann es nicht anders sagen. Und wir können auch nicht immer länger die Augen vor dem Schuldenberg verschliessen.

Wer so agiert, macht keine ernsthafte Stadtentwicklung, sondern arbeitet auf Abbruch. Wer so agiert, macht keine seriösen Versprechungen, sondern baut Luftschlösser. Wer so agiert, muss sich vorwerfen lassen, dass er genau das alles gefährdet, wofür er vorgibt, sich dafür einzusetzen.

Wir wollen das, was wir versprechen – und ja, ich gebe es zu, das ist weniger als bei anderen – aber das wollen wir auch erreichen. Aber anders als offenbar der mehrheitlich rot-grüne Stadtrat wissen wir auch, dass das nicht ohne Verzicht geht. Und auch, dass es nicht geht ohne Prioritätensetzung.

In dem Sinn lehnen wir die Schlussabstimmung Ziffer 1 und 2 ab und nehmen den FAP (Ziffer 4) negativ zur Kenntnis. Den Steuerfuss belassen wir unverändert bei 125%. Wir haben es in den letzten Jahren schon gesagt, das Ziel wäre da, dass man das nutzt, um Schulden abzubauen – und nicht, um neue Ausgaben zu finden, die wir damit subventionieren können. Das wäre nicht die Idee.

In dem Sinne lehnen wir das Budget ab.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Wir können uns in vielen Punkten Urs anschliessen. Wir von der Mitte/EDU werden aber das Budget trotz dem Defizit genehmigen.

Wir haben aber die klare Erwartung, dass in den Folgejahren kein negatives Budget mehr vorgelegt wird – und zwar mit einem Budget ohne Steuererhöhung.

Bei der Investitionsrechnung einfach noch eine kleine Randbemerkung (Andreas hat vieles schon gesagt): Aus unserer Sicht müssen wir die Investitionsrechnung in den nächsten Jahren noch intensiver behandeln. Die Abschreibungen der Investitionen werden uns noch jahrelang begleiten.

Beim Steuerfuss sagen wir Ja zur Beibehaltung von 125%. Das löst keine Euphorie aus, bleiben wir damit doch weit hinten im Kantonsranking.

Wir haben in der Eintretensdebatte schon vieles gehört und auch vorhin von Urs Hofer viele Punkte, denen wir uns anschliessen können, auch zum FAP (Finanz- und Aufgabenplan). Und bereits letzten Montag haben wir von der Mitte/EDU gesagt, dass wir den FAP negativ zur Kenntnis nehmen. Wir können zu diesem FAP nicht Ja sagen.

Und nochmals unsere klare Erwartungshaltung an den Stadtrat: Nehmt Eure Führungsverantwortung wahr und fangt sofort und umgehend damit an, Massnahmen zu planen und zu ergreifen, um ein finanzielles Debakel zu verhindern. Danke.

Ch. Hartmann (SVP): Inhaltlich/argumentativ können wir uns der FDP sehr weitgehend anschliessen. Wir können uns auch der Mitte weitgehend anschliessen, kommen dann einfach zu einem anderen Schluss: Die SVP lehnt das Budget ab.

Hauptsächlich mit der Begründung, dass wir ein massives Kostenwachstum haben. Das kann man zum Teil erklären. Wir stellen aber auch ein massiv fehlendes Kostenbewusstsein fest. Wir haben Qualitätslevels und Standards, die zu den höchsten gehören. Ganz einfach deshalb, weil wenn man irgendeinen Standard befolgt, hat man nachher nie Kritik, dass man allenfalls etwas falsch gemacht habe.

Als Beispiel (es ist wirklich nur ein Beispiel und nicht der schlimmste Fall, einfach deshalb, weil wir es heute auch schon diskutiert haben): Wenn das Amt für Städtebau irgendetwas publiziert, dann ist es eine Hochglanzbroschüre mit Goldkante. Wenn es einen Richtplan gibt, dann hat er 150 Seiten. Das ging auch schon mit 15 Seiten. Es muss einfach immer vom Besten das Teuerste sein. Und da sind wir dezidiert anderer Meinung.

Wir haben in dieser Debatte gehört vom Stadtrat, wie bereits – ich sage nicht Einsparungen, ich nenne es reduzierte Aufstockungen – von wenigen Hunderttausend Franken ein ganzes Amt in der Stadtverwaltung zum Kollabieren bringen werden. Es hat uns nur noch gefehlt: Die Androhung des Untergangs des Abendlandes.

Und das bei einem Budget im Umfang von 1.7 Milliarden Franken. Als Fraktion fühlen wir uns da nicht ernstgenommen.

Wir haben auch gehört, wie ein Stadtparlamentarier nach den Vorstellungen des Stadtrats vorgehen sollte, wenn er IT-Kosten in seiner Produktgruppe analysieren möchte. Kommt mal auf den Boden – das geht gar nicht. Als Fraktion fühlen wir uns bei einem solchen Votum ebenfalls nicht ernstgenommen.

Der Präsident der Aufsichtskommission hat in seinem Eintrittsvotum gefragt, wie die fernere Zukunft aussieht. Und seine Antwort war: Wir wissen es nicht so genau.

Wenn wir ehrlich sind als Parlament: Wir haben keine Ahnung. Wir wissen nicht, ob der Stadtrat eine Ahnung hat. Was uns der Stadtrat im Rahmen des FAP vorlegt, grenzt unserer Meinung nach an Arbeitsverweigerung.

Wir werden also die Erfolgsrechnung und die Investitionsrechnung ablehnen. Wir werden dem Steuerfuss zustimmen, obwohl wir der Meinung sind, dass die Steuern sinken müssten. Aber wenn wir jetzt noch die Einnahmen reduzieren, wird das finanzielle Chaos der Stadt Winterthur nur noch grösser. Den FAP werden wir negativ zur Kenntnis nehmen. Beim Umlagen von Allgemeinkosten sind wir dann wieder bei der Mehrheit. Danke.

R. Keller (SP): Ich werde nicht nochmals das erzählen, was ich schon beim Eintreten gesagt habe. Aber ich bin jetzt doch ein bisschen überrascht, wie sehr die Verantwortung von der rechten Seite an den Stadtrat gegeben wird. Ihr habt ein paar Anträge gemacht, mit denen wir jetzt 900'000 Fr. zusammengespарт haben. Wenn Ihr sparen wollt, dann müsst Ihr das sagen. Und dann müsst Ihr auch hinstehen und das umsetzen und halt die Mehrheiten dafür finden.

Der Stadtrat hat aus unserer Sicht ein seriöses Budget vorgelegt und ich finde es fast ein bisschen despektierlich, was da gesagt wurde. Man hat das überlegt und man plant sehr seriös, was man dann braucht. Wir haben in der ganzen Budgetdebatte darüber gestritten oder haben immer wieder gesagt, es braucht Investitionen, wir sind eine wachsende Stadt. Und letztendlich wisst Ihr selbst auch nicht, wo man sparen könnte und wie man das machen

würde, mit all den Aufgaben, die auf uns zukommen. Wenn wir keine Schulhäuser mehr haben, dann können wir auch die Kinder nicht mehr in die Schule schicken, so ist das eben. Ich bin ja sonst nicht so emotional, aber das fand ich doch ein etwas übertriebenes Votum. Selbstverständlich werden wir dem Budget zustimmen. Wie gesagt, wir danken dem Stadtrat für diese Arbeit. Wir sind überzeugt, dass es ein seriöses Budget ist, dass es richtig ist, dass diese Stellen, die man beantragt, auch tatsächlich gebraucht werden. Und wenn sie nicht gebraucht werden, dann werden sie auch nicht besetzt und dann wird das die Stadtkasse auch nicht belasten.

Wir danken dem Stadtrat für dieses Budget und werden ihm zustimmen.

Die Finanzplanung ist auch nicht nach unserem Gusto, wir schauen beunruhigt auf diese Planung. Wie gesagt bin ich auch nicht ganz sicher, ob das dann tatsächlich so eintreffen wird, wie man es jetzt in diesen Planjahren sieht. Aber grundsätzlich nehmen wir alle die Punkte wohlwollend – oder ganz leicht beunruhigt, wenn es den FAP angeht – zur Kenntnis.

Th. Gschwind (SP): Das war meine erste Budgetdebatte als Kommissionsmitglied. Die Kommission ist super, wir behandeln sehr viele spannende und vielfältige Themen. Wir bekommen regelmässig Besuch von super kompetenten Menschen, die uns Sachen und Projekte erklären. Wir können zuhören und Fragen stellen. Oft auch kritische Fragen. Diese werden uns geduldig und einfach erklärt. Ich persönlich lerne wahnsinnig viel in diesen Sitzungen und ich finde es mega spannend.

Wir hatten auch durchaus gute Diskussionen in der BSKK. Die guten Diskussionen hörten allerdings auf, als es um das Budget ging. Anfänglich war ich ein bisschen irritiert, weshalb das so ist. Bis ich dann irgendwann begriffen habe, dass die rechte Ratsseite (namentlich SVP, FDP, Die Mitte/EDU und teilweise sicher auch die GLP) vor den Diskussionen in der Kommission, also bevor die Experten und Expertinnen gekommen und Rede und Antwort gestanden sind, bevor wir in der Kommission diese Themen überhaupt besprochen hatten, bereits abgemacht hatten, wo sie was stimmen. Die Expert/-innen-Meinungen waren Euch egal. Es war Euch egal, was die Profis zu sagen hatten.

Das betrifft, wie Ihr bestens wisst, nicht nur meine Kommission, sondern alle. Schlussendlich war das ein abgekartetes Spiel. Ihr könnt mich jetzt naiv nennen, dass ich das nicht früher gemerkt habe. Frustrierend finde ich es trotzdem. Danke.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Der FAP sieht so aus, seit ich in diesem Parlament bin. Ich habe noch nie erlebt, dass der FAP nicht tiefduster aussieht. Und ich glaube, wenn er eines Tages anders aussehen würde, würde ich davon ausgehen, dass das kein FAP ist, sondern etwas Anderes.

Ich bin ein bisschen erstaunt. Wir haben uns jetzt doch sehr, sehr lange, X Stunden, durch dieses Budget durchgekämpft. Die bürgerliche Seite hat eine um die andere Abstimmung gewonnen. Das ist zu respektieren.

Aber weshalb Ihr jetzt das Budget ablehnt, ist doch sehr fraglich. Meiner Ansicht nach hätten wir auf die ganze Debatte auch verzichten können und Ihr hättet es auch einfach so ablehnen können. Ohne dass wir noch einzelne Diskussionen geführt haben, da wieder gestrichen und dort gestrichen haben. Besten Dank.

U. Hofer (FDP): Nur noch kurz, ich fange von hinten an.

Der FAP ist düster und ich gebe Dir recht, er war schon immer düster. Aber wir alle wissen, welche grossen Ziele wir erreichen wollen. Und irgendwann brauchen wir eine Finanzplanung, die ein bisschen mehr ist als copy/paste. Ein bisschen düster und ein bisschen copy/paste vom Vorjahr reichen dann halt nicht mehr, man muss dann einfach mehr machen. Und das wurde uns seit Jahren versprochen, dass man diese Finanzprozesse verbessert. Und bei diesem FAP sehe ich keine Verbesserung.

Zu den anderen Voten: Es wissen alle, wir haben viel mehr Anträge gestellt, als jetzt durchgekommen sind. Das ist nun mal so. Und es wissen auch alle, die in der Politik sind: Die Exekutive ist am Schluss des Tages am längeren Hebel. Dort werden die Entscheidungen gefällt.

Und wenn wir dort nichts mehr zu husten haben, dann können wir es halt auch im Parlament nicht gross korrigieren.

Und zum Thema Schulhäuser: Genau das wollen wir ja auch! Aber dann muss man sich halt schon auch überlegen, ob es die Social Media Manager & Co. und Kommunikationsstellen und weiss-nicht-was wirklich alle in dieser Anzahl wirklich überall braucht. Dann habe ich halt lieber das Schulhaus als denjenigen, der den Social Media-Post darüber macht. Dann muss man halt Prioritäten setzen.

Fakt ist: In den 11 Jahren, die ich hier bin, gab es noch nie ein Nein von der SP zu irgendetwas, das eine Aufstockung war. Ausser die vom Volk bewilligte Stellenaufstockung bei der Polizei. Wenn man das so macht, dann muss man auch keinen Profis zuhören (das noch zum anderen Votum) und dann braucht es auch kein Parlament. Dann brauchen wir diese Budgetberatung gar nicht.

Stadtrat K. Bopp: Ganz kurz: Wenn ich das richtig beobachtet habe, Urs Hofer, hat die SP heute bei einer Stellenaufstockung kritisch geschaut, der Ihr zugestimmt habt... Aber das ist ein Detail, weil es gerade in einem blöden Moment kam für Dich.

Ich kann die Sorge um den städtischen Haushalt – und ich glaube, da teilt der Gesamtstadtrat meine Meinung – nachvollziehen und verstehen. Der FAP macht auch uns zu schaffen. Die negative Kenntnisnahme kann man da nachvollziehen und rennt auch gewissermassen offene Türen ein, denn es ist uns klar, wir müssen uns sehr intensiv damit beschäftigen und die Zeit nächstes Jahr dafür nutzen.

Hingegen wurden einige Aussagen gemacht: Fehlendes Kostenbewusstsein, Standards von den Höchsten, vom Besten nur das Teuerste. Dafür werden weder echte Nachweise geleistet noch irgendwo gesagt, was konkret gemeint ist. Es sind einfach Vorwürfe. Und für mich stellt sich ernsthaft die Frage: Habt Ihr Euch mit dem gleichen Budgetbuch beschäftigt, wie ich das gemacht habe? Denn ich sehe darin wenige solche Themen, ich sehe keine solchen Themen. Wir haben das intensiv miteinander diskutiert. Aus unserer Sicht verschliesst die Ablehnung dieses Budgets komplett die Augen vor der Realität.

Ich werte es deshalb gewissermassen als Zeichen der Ohnmacht über den kleinen Gestaltungsspielraum, wenn Ihr das heute ablehnt. Das kann ich ebenfalls sehr gut verstehen. Auch das stellen wir im Stadtrat immer wieder fest, wie wenig Spielraum wir effektiv finanziell haben in dieser Stadtverwaltung.

Und ich lade Sie alle ein, innerhalb des nächsten Jahres mit uns diese Diskussionen zu führen, sich erneut intensiv mit dem Budget auseinanderzusetzen – das geht nicht anders. Wir haben eine grosse Stadtverwaltung mit einem grossen Budget. Und da führt nichts daran vorbei, Christian Hartmann, dass sich auch das Parlament intensiv mit den einzelnen Themen auseinandersetzt. Wir unterstützen Euch dabei, für das sind wir da. Ich lade Sie ein, schauen Sie sich dieses Budget an.

Und jetzt hoffe ich, dass eine Mehrheit der Realität ins Auge schaut und dem Budget so zustimmt. Mit dem FAP werden wir uns intensiv beschäftigen. Vielen Dank.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Kaspar. Somit kommen wir jetzt zu den Schlussabstimmungen. Wir gehen jede Ziffer einzeln durch und werden auszählen, weil es Schlussabstimmungen sind.

Ziffer 1: «Das Budget der Stadt Winterthur über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen in der Erfolgsrechnung für das Jahr 2024 wird genehmigt.»

Wer dieser Ziffer zustimmt, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer stimmt dagegen?

Gibt es Enthaltungen?

Ihr habt Ziffer 1 mit 37:17 Stimmen angenommen.

Ziffer 2: «Das Budget der Stadt Winterthur über die Ausgaben und Einnahmen in der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens für das Jahr 2024 wird genehmigt.»

Wer dem zustimmen möchte, bitte die Hand erheben.

Wer lehnt es ab?

Gibt es da eine Enthaltung?

Wir haben dasselbe Resultat: Ziffer 2 ist mit 37:17 Stimmen angenommen.

Ziffer 3: «Der Steuerfuss der ordentlichen Gemeindesteuern wird auf 125 Prozent (2023: 125 %) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (24 Franken pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.»

Wer den Steuerfuss von 125% so beibehalten möchte, soll das zeigen mit Handerheben.

Wer lehnt das ab?

Enthaltungen?

Ihr habt Ziffer 3 und die Produktegruppe Steuern, die damit gekoppelt ist, habt Ihr mit 53:1 Stimmen angenommen.

Bei Ziffer 4 geht es um den FAP. Da ist uns von der Parlamentsleitung noch aufgefallen, dass es da, glaube ich, noch eine redaktionelle Änderung braucht. Die Frage an den Stadtrat: Ist es richtig, dass es heissen müsste «2025 bis 2027» und nicht «2024 bis 2027»?

Stadtrat K. Bopp: Nein, das ist nicht ganz richtig. Mit dem Finanz- und Aufgabenplan ist eigentlich auch 2024 gemeint. Tatsächlich ist es ein bisschen schwierig verständlich, aber beim FAP zählt 2024 dazu. Es ist so korrekt.

F. Helg (1. Vizepräsident): Wir haben das in der Parlamentsleitung angeschaut. Wenn man das vergleicht mit dem letztjährigen Budgetantrag, dort stand «2024 bis 2026». Und für dieses Jahr müsste man zwei Mal 1 dazuzählen, das wäre dann also «2025 bis 2027». Also wenn man das fortführt vom Budgetbeschluss vom letzten Jahr, dann wäre es tatsächlich «2025 bis 2027». Aber vielleicht gibt es tatsächlich noch eine Erklärung des Finanzdirektors.

Stadtrat K. Bopp: Wir haben das auch diskutiert. Am besten wären wir dem in der Kommission auf den Grund gegangen, dann hätte ich da meine Fachleute noch befragen können. Wir haben das auch kurz diskutiert und sind der Meinung, dass es so korrekt ist. Am Schluss aber, so glaube ich, wird das nicht entscheidend sein darüber, ob das ein gutes Budget ist oder nicht.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: In dem Fall lassen wir es so, wie es steht.

Ziffer 4: «Der Finanz- und Aufgabenplan (FAP) der Stadt Winterthur für die Jahre 2024 bis 2027 wird zur Kenntnis genommen.»

Wer möchte den Finanz- und Aufgabenplan, so wie er vorgesehen ist, wohlwollend zur Kenntnis nehmen? Der soll das jetzt mit Handerheben bezeugen.

Wer möchte ablehnende Kenntnisnahme unterstützen?

Gibt es Enthaltungen?

Der FAP ist ablehnend zur Kenntnis genommen worden, mit 29:24 Stimmen.

Ziffer 5: «Der Stadtrat wird ermächtigt, pauschal in der Produktegruppe «Städtische Allgemeinkosten» eingestellte Positionen im definitiven Budget den Produktgruppen zu belasten.»

Wer dem zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es ablehnende Stimmen?

Ziffer 5 wurde mit 54:0 Stimmen zugestimmt.

Somit haben wir die ganzen Schlussabstimmungen durch und wir haben das Budget 2024 beschlossen. Danke vielmals für diese Budgetdebatte. Auch ein Dank geht noch an das Finanzamt und alle Departemente für die Aufbereitung des Budgets sowie dann auch die Unterstützung in den Kommissionen in der Vorberatung. Ich danke Euch für das Behandeln dieses Geschäfts.

Wir kommen jetzt noch zu drei Sachgeschäften, Traktandum 9, 10 und 11. Diese sollten noch in diesem Jahr behandelt werden. Sie sind aber alle ohne Diskussion vorgesehen.

9. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.30: Fristerstreckung für die Berichterstattung zur Behördeninitiative betr. Verbot biometrischer Gesichtserkennung

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Geschäft 2023.30, Fristerstreckung für die Berichterstattung zur Behördeninitiative betreffend Verbot biometrischer Gesichtserkennung. Ich gebe das Wort dem Kommissionsreferenten Felix Helg.

F. Helg (SSK): Hier geht es ja nur um eine Formalität. Die SSK beantragt dem Plenum, die Frist für die Berichterstattung zur Behördeninitiative betreffend Verbot biometrischer Gesichtserkennung bis zum Abschluss der kantonsrätlichen Beratungen zum Geschäft unter dem Titel «Totalrevision des Gesetzes über die Information und den Datenschutz» zu erstrecken.

Was ist der Hintergrund? Die SSK hat sich bereits mit diesem Beschlussantrag befasst. Sie hat dabei festgestellt, dass der Regierungsrat am 5. Juli 2023 den Entwurf zu einem neuen kantonalen Gesetz über die Information und den Datenschutz zuhanden des Kantonsrats verabschiedet hat.

Die Problematik der Gesichtserkennungssysteme wird derzeit Gegenstand der kantonsrätlichen Beratungen zu diesem Gesetz sein, das zurzeit von der Kommission für Staat und Gemeinden vorberaten wird.

Aus diesem Grund erscheint es der Kommission sinnvoll, das Ergebnis der kantonsrätlichen Beratungen abzuwarten. Sie beantragt deshalb dem Plenum, die Frist für die Berichterstattung bis zum Abschluss der kantonsrätlichen Beratungen zu diesem Gesetz zu erstrecken.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Felix. Somit stimmen wir darüber ab. Wer möchte dieser Fristerstreckung zustimmen? Der soll das bezeugen mit Handerheben. Das ist eindeutig, somit ist diese genehmigt.

10. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.82: Produktgruppe Tiefbau, baulicher Strassenunterhalt: Nachtragskredit von Fr. 850'000 für zusätzliche Ausgaben

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Geschäft-Nr. 2023.82, Produktgruppe Tiefbau, baulicher Strassenunterhalt: Nachtragskredit von Fr. 850'000 für zusätzliche Ausgaben. Dieses Geschäft wird von Andreas Geering vorgestellt.

A. Geering (SBK): Ich darf Ihnen das Geschäft Nr. 2023.082, «Produktgruppe Tiefbau, baulicher Strassenunterhalt: Nachtragskredit von 850'000 Franken für zusätzliche Ausgaben» vorstellen.

Der Stadtrat beantragt: «Für die zusätzlichen Ausgaben beim baulichen Strassenunterhalt wird ein Nachtragskredit von 850'000 Franken zum Globalkredit der Produktgruppe Tiefbau des Budgets 2023 bewilligt.»

Der Auftrag des Tiefbauamts (Produktgruppe 322) ist es unter anderem, Verkehrswege nach technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten zu bauen, zu betreiben

und zu unterhalten. Im Budget 2023 beläuft sich der durch Steuern finanzierte Globalkredit der Produktgruppe Tiefbau auf 20.4 Mio. Fr.

Das Tiefbauamt ist für den baulichen Unterhalt des Strassennetzes in Winterthur zuständig. Dies wird im Produkt 3 «Baulicher Unterhalt des Strassennetzes» erledigt. Darunter fallen unter anderem die Aufgaben, die Aufgrabungen für städtische Projekte, von Werken und Projekte von Privaten zu realisieren. Dies sind insbesondere Projekte von Stadtwerk, vor allem Leitungsbau für die Versorgung mit Wasser/Gas, Elektro und Fernwärme. Die Abbrucharbeiten, die Aufgrabungen und die Leitungsarbeiten werden durch die Werke selbst ausgeführt. Dem Tiefbauamt kommt allerdings die Aufgabe zu, den Strassenkörper (Strassenbelag, Randabschlüsse, Entwässerungsschächte) nach Abschluss der Leitungsarbeiten wieder Instand zu stellen. Diese Instandstellungen fallen zu einem grossen Teil kurzfristig an und sind deshalb im regulären Jahresbudget nur bedingt darstellbar. Die entsprechenden Kostenstellen budgetiert das Tiefbauamt aufgrund der Erfahrungswerte der Vorjahre.

Die aus dieser Bautätigkeit resultierenden direkten Kosten verrechnet das Tiefbauamt Stadtwerk und den Privaten über einen definierten Aufgrabungstarif weiter. Zusätzlich zu diesen direkten Kosten entstehen dem Tiefbauamt im Zuge der Wiederinstandstellung der Strasse Folgekosten. Ist der Veloweg, das Trottoir oder die Strasse in einem schlechten Zustand - was oft der Fall sei - führt dies dazu, dass zum Beispiel die Beläge total saniert werden müssen. Und diese Kosten gehen dann zulasten des Tiefbauamts.

Bereits in der Rechnung 2022 hat das Tiefbauamt festgestellt, dass über Stadtwerk eine verstärkte Bautätigkeit anfällt. Dies war einerseits durch die Umsetzung der diversen Fernwärmeprojekte der Fall, und zum anderen aber auch durch eine verstärkte Bautätigkeit im Bereich Wasser/Gas sowie Elektro. Dadurch haben sich die Folgekosten beim Tiefbauamt massiv erhöht, was letztlich zu einer Überschreitung des Globalkredits Tiefbau im Jahr 2022 führte. Darüber wurde damals der Stadtrat rechtzeitig informiert.

Es zeichnet sich 2023 ein ähnliches Bild wie 2022 ab: Einerseits ausgelöst durch die Fernwärmeprojekte, andererseits aber auch durch hohe Bautätigkeit im Bereich Elektro, den Rückbau von Gasleitungen und diversen, teils ungeplanten Wasserversorgungsprojekten wird der Globalkredit Tiefbau mit voraussichtlich 850'000 Fr. merklich überschritten.

Die hier projizierten Zahlen für den baulichen Unterhalt basieren auf einer Kostenzusammenstellung und einer Prognose von Ende September 2023. Es zeigt sich, dass der Globalkredit für das Jahr 2023 bereits im September aufgebraucht ist. Bis Ende Jahr werden Kosten von 2,5 Mio. Fr. erwartet. Daraus ergibt sich der Nachtragskredit von 850'000 Fr.

Gemäss Gemeindeordnung Art. 20 Abs. 1 Lit. b ist das Stadtparlament zuständig für die jährliche Festsetzung des Budgets, aber auch für die laufende Bewilligung von Nachtragskrediten. Zusätzliche Mittel können bewilligt werden, wenn sich im Verlauf eines Geschäftsjahres eine relevante Überschreitung eines vom Stadtparlament bewilligten Budgetkredits abzeichnet. Relevant ist eine Überschreitung von mehr als einer halben Million.

Wie oben dargelegt, zeichnet sich im Budget 2023 eine Überschreitung von 850'000 Fr. beim Globalkredit des Tiefbaus ab. Es handelt sich damit um eine relevante Überschreitung des Globalkredits, weshalb der Nachtragskredit gestellt wird.

Die Stadtbau-Kommission hat das Geschäft in einer Lesung am 13. November 2023 behandelt und dem Antrag mit 9:0, also einstimmig, zugestimmt.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Vielen Dank, Andreas. Wir werden über diesen Nachtragskredit abstimmen. Da es eine Schlussabstimmung ist, werden wir abstimmen.

Wer möchte diesem Nachtragskredit zustimmen? Der soll das bezeugen mit Handerheben. Wer lehnt ihn ab?

Gibt es Enthaltungen?

Ihr habt mit 49:1 diesem Nachtragskredit zugestimmt.

11. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.62: Sondernutzungsplan: Zustimmung zum privaten Gestaltungsplan «Am Bach - Mitte»

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Traktandum 11, das letzte Geschäft von heute Abend: Sondernutzungsplan: Zustimmung zum privaten Gestaltungsplan «Am Bach - Mitte». Das Geschäft wird vorgestellt vom Referenten Benedikt Zäch.

B. Zäch (SBK): Ich darf Ihnen das letzte Geschäft von heute Abend vorstellen, den privaten Gestaltungsplan «Am Bach – Mitte».

Vielleicht zuerst zur Lage: Der Gestaltungsplan bzw. dieses Quartier liegt mitten im Mattenbach-Quartier, zwischen der Endlikerstrasse und Am Bach. Es handelt sich um den Perimeter, der da eingezeichnet ist. Mit Ausnahme der drei Hochhäuser, die an der Endlikerstrasse stehen. Die Hochhäuser sind im Gestaltungsplan drin, sind aber im Moment nicht direkt tangiert. Sie sind aber Teil des Gestaltungsplans, ich komme nachher noch darauf.

Dieses Quartier, oder dieser Teil des Quartiers, wurde sehr früh schon mit einem Quartierplan versehen, dem sogenannten «Quartierplan Endliker». Das war 1965 – vor BZO und vor allen Regelungen. Und das ist auch der Grund, weshalb man das jetzt neu anschauen musste. Die Regelung, die dort getroffen wurde, ist nicht mehr BZO-konform und das heisst, sobald man das anfasst – und das war durch ein Begehren der Fall – musste man den ganzen Perimeter zwischen Endlikerstrasse und Am Bach regeln. Und zwar auch die Gebäude, die von einem geplanten Neubauprojekt nicht direkt betroffen sind.

Man kann dazu vielleicht noch sagen: Das war ein sehr vorausschauender städtebaulicher Quartierplan, gut überlegt und gut gestaltet. Und das hat es auch erleichtert, den privaten Gestaltungsplan dann gewissermassen neu aufzugleisen, aber eigentlich eben vor allem zu optimieren.

Auslöser war ein Projekt der Sulzer Vorsorgeeinrichtung, die südlich, im Blau bezeichneten Perimeter, neu bauen möchte. Sie sehen, in der Mitte, dort in dem Zwickel, ist der Kindergarten, nördlich sind die zwei Hochhäuser und rechts davon ein Doppeleinfamilienhaus.

Die heutige Situation präsentiert sich links. Wenn man das vergleicht mit dem Richtprojekt, das jetzt mit dem privaten Gestaltungsplan vorliegt, sieht man, dass sich nicht sehr viel verändert. Die Position der Neubauten ist mit einer Ausnahme am gleichen Ort. Die einzige wesentliche Änderung ist links, wo drei Häuser neu positioniert werden, und zwar, um dort einen neuen Freiraum zu schaffen. Ich zeige das nachher gleich. Das ist die einzige Änderung bei der Positionierung der Bauten gegenüber dem bisherigen Quartierplan. Und schon das zeigt, dass dieser seine Qualitäten hat.

Die neuen Bauten sollen um ein Geschoss erhöht werden, es geht von 4 Vollgeschossen auf 5 Vollgeschosse. Es ist damit eine geringe Verdichtung, nicht sehr intensiv, das hat eben auch mit der Gestaltung des Perimeters, mit den Freiräumen zu tun. Das ist eine erste Visualisierung, die natürlich wie immer in einem Richtplan noch nicht verbindlich ist, sondern im Prinzip nur die Bauvolumen wiedergibt und eine mögliche Umsetzung dieser Bauvolumina. Das ist der wichtige Punkt: Man sieht da eine Zusammenstellung. Im Norden (schwarz) die drei Hochhäuser, dann die Neubauten. Und da sind eben die Grünräume, die grünen Kammern, eingetragen. Und das war das Vorausschauende schon beim Quartierplan 1965, dass man grosse – man würde es nicht meinen, wenn man von der Strasse her schaut, dann hat man das Gefühl, es ist eine grosse Verdichtung, das ist es aber in Wirklichkeit nicht – dass grosse Innenräume offengehalten wurden, schon in den 60er Jahren. Das sind die unteren grünen Kammern. Das will man erweitern zum nördlichsten Grünraum, in dem heute ein Haus stehen, oberirdische Parkplätze und eine halbunterirdische Parkgarage. Das will man öffnen und dort nochmals eine grüne Kammer schaffen. Der ganze Perimeter ist stark durchgrünt und das ist auch deshalb wichtig, weil die drei Hochhäuser sehr massive Baukörper

sind, die auch relativ hoch sind. Und deshalb ist es wichtig, dass man diese Freiräume, diese Grünräume, die übrigens auch alten Baumbestand haben, der bis in die 60er-Jahre zurückgeht, dass man das sichern kann.

Die drei Hochhäuser sind im privaten Gestaltungsplan miteinbezogen. Man hat quasi Festlegungen getroffen für künftige Veränderungen. Diese sind im Moment nicht in Sicht, aber weil sie Teil des Gestaltungsplans sind, hat man mal die Leitlinien festgelegt. Wenn an diesen Hochhäusern etwas neu gemacht werden soll, muss es ein Konkurrenzverfahren geben, das ist Pflicht. Es ist festgelegt, dass sie minimal 8 Vollgeschosse haben und maximal 9. Auch da wäre es, wenn ich es richtig im Kopf habe, ein Geschoss mehr, als dass sie bis jetzt haben. Und diese Festlegung gilt mit dem privaten Gestaltungsplan für jede Änderung bei diesen drei grossen Bauten.

Auch der Kindergarten war ein Thema, es ist der Quartierkindergarten für das Mattenbachquartier südlich der Tösstalstrasse. Der Kindergarten ist in einer der drei Kammern. Man muss dort auch das Entwicklungspotenzial sichern, denn das Quartier wächst unter anderem auch durch die leichte Verdichtung da. Man hat das deshalb auch in den Gestaltungsplan miteinbezogen. Dort ist es so, dass neu zwei Vollgeschosse möglich sind, der Kindergarten ist im Moment eingeschossig. Das ist rot eingetragen. Und auch da gibt es eine Pflicht zu einem Konkurrenzverfahren bei einem möglichen Ausbau. Damit sollte der Bedarf an Kindergarten auch für eine künftige Entwicklung des Quartiers gesichert sein.

Neu werden die südlichen Häuser durch drei Tiefgaragen erschlossen. Es ist also keine autoarme Siedlung. Man sieht dort die Besucherparkplätze (kräftiges Rot) und die Zufahrten zu den Tiefgaragen (helles Rot). Es hat drei solche Zufahrten: Zwei in der Strasse Am Bach, in dem Zwickel rechts, der von der Endlikerstrasse her kommt, und ziemlich in der Mitte der Strasse Am Bach, die dort zwei Häuser erschliesst. Neu kommt eine Tiefgaragenzufahrt an die Endlikerstrasse dazu, das sind die Häuser, die heute teils oberirdische und teils unterirdische Parkplätze haben. Die Tiefgaragenzufahrten, mindestens diejenige unten in der Mitte, wurde dann auch beim Einwendungsverfahren thematisiert. Da komme ich noch kurz darauf. Es gibt also insgesamt drei Tiefgaragen. Die Hochhäuser im Norden haben übrigens auch Tiefgaragen, dort wird im Moment nichts verändert. Aber auch dort ist es zwischen den Häusern im Norden unterkellert und hat Tiefgaragen - und oberirdische Parkplätze.

Die Diskussion in der SBK hat sich eigentlich entlang der Leitlinien aus dem Einwendungsverfahren, entlang der Einwendungen, bewegt. Man hat die Tiefgaragen nochmals diskutiert, vor allem die Zufahrt im Süden, die insofern ein bisschen problematisch platziert ist, als dass sie genau dort liegt, wo man von der Strasse her in den Kindergarten geht bzw. aus dem Kindergarten nach Süden herauskommt. Man hat das nochmals angeschaut von der Stadt her und uns erläutert, dass diese Tiefgaragenein- und -ausfahrt dort aus verkehrsplanerischer Sicht eigentlich richtig platziert ist, weil sie nämlich in einem Strassenabschnitt liegt, der beidseits relativ lange, gerade Linienführung hat, während die andere Tiefgarage in einer Kurve liegt. Also diese und diejenige an der Endlikerstrasse sind also die Positionen, die verkehrsplanerisch am ehesten Sinn machen.

Die Anzahl der Parkplätze ist grundsätzlich nach PPVO ausgerichtet, sie ist bei der Anzahl Parkplätze 10% unter der PPVO. Man kann diese Siedlung also nicht als autoarm bezeichnen. Das gab insofern zu diskutieren, weil diese Siedlung verkehrsmässig und von der ÖV-Gütekategorie her sehr gut erschlossen ist. Es hat zwei Haltestellen, Waldegg und Endlikerstrasse, an der Tösstalstrasse, von der Linie 2, welche ja eine der dichtesten Buslinien ist. Aber die Bauträger im Süden haben sich so weit auf einen Kompromiss eingelassen, aber nicht weiter.

Wichtig ist auch die Sicherung des Kindergartens, das haben wir auch diskutiert. Dann muss man auch noch wissen, dass diese Verdichtung nicht in einem Umfang stattfindet, dass ein Mehrwertausgleich quasi Thema wäre. Es ist eine massvolle Verdichtung innerhalb der Ausnutzungsziffer, die in BZO vorgesehen ist. Es ist nicht eine höhere Ausnutzung, die über diese Ziffer hinausgeht. Und damit ist das Thema Mehrwertausgleich nicht gegeben. Es gab auch Einwendungen, die das nachgefragt haben.

Nach zwei Lesungen und nach Rückfragen, zu denen das Baudepartement verdankenswerter Weise nochmals Unterlagen zur Verfügung stellte, haben wir das in der SBK 9:0 beschlossen.

Parlamentspräsidentin B. Huizinga: Danke, Benedikt. Somit können wir über das abstimmen. Ich schlage vor, dass wir über beide Ziffern gleichzeitig abstimmen – und das letzte Mal auszählen.

Wer möchte dem Sondernutzungsplan «Am Bach» zustimmen? Der soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer lehnt diesen Gestaltungsplan ab?

Es hat offenbar einige, die schon zum Apéro vorausgegangen sind – wir sind nur noch 51 hier im Saal, aber es haben alle zugestimmt. Somit haben wir dieses Geschäft auch erledigt.

Jetzt bleiben mir am Schluss noch zwei Sachen zu sagen: Die nächste Sitzung findet ja in unserem neuen alten oder alten neuen Parlamentssaal statt, wo wir komplett mit technischer Abstimmungsanlage starten werden. Deshalb haben wir von der PL uns entschieden, dass wir uns normal um 16.15 Uhr im Plenum treffen und dort eine Einführung in die ganze Technik machen und auch eine Probe-Abstimmung durchführen, damit wir ein bisschen das Gefühl erhalten. Und dann werden wir um 17 Uhr mit den Traktanden beginnen und die offizielle Sitzung, auch für die Medien und so, dann starten. Einfach damit Ihr das schon einmal gehört habt und keine schlaflosen Nächte vor Euch haben müsst, falls Ihr wie ich nicht so technikaffin seid. Wir haben also 45 Minuten Zeit, um uns durch alles auszudrücken und alles auszuprobieren.

Dann zu heute Abend: Es ist ja traditionsgemäss so, dass einem das Präsidium ein kleines Präsent zur Weihnacht hinlegt. Normalerweise ist das mit irgendwelchen Fressalien geschehen. Jetzt ist es aber so, dass in der Bevölkerung ja die Nahrungsmittelunverträglichkeiten zunehmen – und da es mir etwas zu gefährlich war, etwas zu finden, das für alle die Intoleranzen geht, habe ich mich für etwas Anderes entschieden.

Ihr habt alle einen Bierdeckel unter Eurem Glas oder Eurer Flasche. Darauf steht Euer Name. Und es hat vorne und hinten zwei Fragen. Ich bin ja sehr bekannt dafür, dass ich mich gegen soziale Intoleranzen einsetze... Die Meinung ist, dass Ihr alle diesen Bierdeckel jetzt mitnehmt, hinunter an den Apéro im Grünen Saal, und dann miteinander vielleicht die eine oder andere Frage austauschen könnt. Wer zum Beispiel hören möchte, was das Kriminellste war, das Andreas Geering je gemacht hat, kann auf ihn zugehen. Oder bei was Gabi Stritt zuletzt ihre Meinung geändert hat. Ihr seht, es gibt verschiedene Fragen zu klären. Und ich wünsche Euch einen vergnüglichen Abend und dann ganz gesegnete Weihnachten. Vielen Dank.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

B. Huizinga (EVP)

F. Helg (FDP)

M. Steiner (SP)